

2025

Historisches Institut der Universität Bern

Berner Historische Mitteilungen



42. Jahrgang/2025

Redaktion:

Sandra Brander

Administration:

Gabriele Jordan, Sandra Brander, Daniel Marc Segesser

Herausgegeben vom

Historischen Institut der Universität Bern

Länggassstrasse 49

3012 Bern

Tel.: 031 684 39 45

<http://www.hist.unibe.ch/forschung/publikationen/behmi>

© 2026 by Historisches Institut der Universität Bern

ISSN 1660-1904

Editorial

Nun stehen die Berner Historischen Mitteilungen (BeHMi) schon fest in ihrem fünften Jahrzehnt und wieder gelingt es, spannende Forschungsarbeiten zu präsentieren, die im Jahr 2025 am Historischen Institut der Universität Bern entstanden sind. Dieses Mal sind es 3 Dissertationen und 30 Masterarbeiten zu vielfältigen Themen vom Mittelalter bis in die Zeitgeschichte. Alltags-, regional- und geschlechtergeschichtliche Arbeiten sind dabei ebenso vertreten wie solche zur Medizin-, Umwelt-, Sozial-, Wirtschafts-, Kultur-, Politik-, Sport-, Raum-, Technik-, und Migrationsgeschichte sowie Arbeiten zur Geschichte digitaler Spiele. Auch 2025 verfügen viele Arbeiten über einen Bezug zur Schweiz, was angesichts der vor der Haustür liegenden Quellen wenig erstaunlich ist. Allerdings sind die Arbeiten nicht einem nationalen Narrativ verhaftet, sondern betrachten immer wichtige Verflechtungen, die für die Schweiz bis heute prägend sind. Exemplarisch dafür steht die Dissertation zur Langenthaler Porzellanindustrie, die Glanz und Elend in Form einer „Weltgeschichte“ präsentiert. Etliche Arbeiten blicken aber auch in die Ferne, sei es nach Rio de Janeiro, in die Philippinen, nach Jakutien sowie nach Ost- und Südosteuropa. Es ist eine Freude zu sehen, mit wie viel Engagement unsere Studierenden ihre Masterarbeiten und Dissertationen verfassen und welche Innovationskraft von unseren Absolventinnen und Absolventen ausgeht. Es freut uns als Institut sehr, diese Vielfalt zu präsentieren und wir danken allen Autorinnen und Autoren herzlich dafür, dass sie ihre Einsichten an dieser Stelle mit Ihnen als Leserinnen und Leser teilen und unsere Nachfragen immer freundlich beantwortet haben.

Viele in dieser Nummer vorgestellte Arbeiten sind in der Universitätsbibliothek einsehbar. Auf der [Homepage](#) lassen sich ältere Exemplare der BeHMi zudem kostenlos herunterladen. Verweise zu geplanten Publikationen finden sich jeweils im Schlussteil der vorliegenden Zusammenfassungen. Einzelne speziell gute Arbeiten werden auch im Open Access Verfahren in den verschiedenen Reihen der Berner Studien zur Geschichte publiziert. Eine ganze Reihe von Arbeiten aus den vergangenen Jahren finden sich nun auf der Webseite der [Berner Studien](#). Deren Zahl wird immer grösser.

Ein grosser Dank für ihr präzises Arbeiten geht dieses Jahr an Sandra Brander. Ihrer engagierten und präzisen Arbeit verdankt diese Ausgabe mehr als was sich in Worte fassen lässt. In verdankenswerter Weise hat dieses Jahr meine Hilfsassistentin Fabienne Fluri das Korrekturlesen übernommen und die Administration der BeHMi blieb in den bewährten Händen von Gabriele Jordan. Auch die Erstellung dieser Ausgabe war eine Teamleistung: Merci viu mau!

Wie gut diese Zusammenarbeit funktioniert, zeigte auch im vergangenen Jahr, wie häufig das Team gemeinsam lachen konnte.

Bern, im Juni 2026

Daniel Marc Segesser
Studienleiter und Mitarbeiter der Geschäftsführung

Inhaltsverzeichnis

Dissertationen

GIUANNA BEELI

Vom „welschen Äbtlin“ zum Kardinal

Fürstabt Celestino Sfondrati (1644–1696) zwischen Mailand, St. Gallen und Rom.....6

JONAS HIRSCHI

Mitwirkung ohne Wirkung?

Die Beteiligung des Parlaments an der schweizerischen Aussenpolitik von 1848–1992.....8

OLIVER MEIER SCHWARZ

Glanz und Elend der Porzellanindustrie

Eine Langenthaler Weltgeschichte.....10

Masterarbeiten

NIKO BEBIS

Der „Mädchenhandel“ in der Habsburgermonarchie

Netzwerke der Frauenhändler:innen in Behördenakten und Presse13

HANNA KATHARINA BREM

„Ein Spiegelbild gewaltigster Ereignisse“

Hermann Konsbrücks „Großer Bilderatlas des Weltkrieges“: eine Visualisierung des Ersten Weltkrieges und die serielle Nutzung von Fotografien in der Narrativkonstruktion14

LUCA SALVATORE BURGARETTA

Vom „demi-citoyen“ zum „double national“

Die Einführung des Doppelbürgerrechts 1992. Eine Anomalie in der Schweizer Migrationspolitik.....15

SARAH BÜTTIKER

Iatromathematische Hausbücher zwischen Wissen, Selbstvergewisserung und Selbstverständnis

Bedeutung und Funktion in den politischen Führungsschichten Berns und Nürnbergs im Spätmittelalter16

BENDICHT CHERVET

Von der Reichsstadt zur Provinzhauptstadt?

Verhandlungen in Brüssel und Madrid um die Integration der Reichsstadt Besançon in die Katholische Monarchie (1661–1663)17

MARIUS FELLINGER

Zwischen „Autarkie“ und „Grossraumwirtschaft“

Unorthodoxe Ideen im ökonomischen Denken der Schweiz, 1932–194519

KONRADIN FRANZINI

Der linke Sonderfall

Die Parteiengeschichte der Zuger Linken.....20

SIMON MARTIN FRIEDLI	
Fiktionale Vergangenheiten erforschen und erzählen	
Fan-Historiografie zu Elden Ring zwischen Spiel und Wissenschaft	21
ANNA KATHARINA FUNK	
Health Activism in the Philippines: the Medical Action Group (1982–2000).....	22
ANJA GROB	
Die Vermessung des hygienischen Subjekts	
Zur Quantifizierung hygienischen Wissens in der Schweiz, 1864–1914.....	24
BENJAMIN GUNZINGER	
„Arme Kranke“ mit „zu verurteilendem Laster“?	
Die Suchtgeschichte der ersten Morphinabhängigen im Burghölzli	25
SEVERIN HENZI	
Die Schweiz und die Gründung des Deutschen Reiches 1871	
Diplomatische Reaktionen, öffentliche Meinung und Auswirkungen auf die Neutralitätspolitik	26
LELIA ISCHI	
Was tun mit dem neuen Russland?	
Die Neuausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik gegenüber der Russischen Föderation nach Auflösung der Sowjetunion, 1991–1994	27
OTTILIE JACOBI	
Inszenierte Zustimmung: Eine Analyse der Volkskammerwahlen in der DDR von 1950 bis 1963 zwischen politischer Kontrolle und Bürger:innenpartizipation	28
YANNICK KÄSER	
Die Nacht der geschlossenen Fenster	
Proteste nach dem Grossbrand von Schweizerhalle (BL), 1986.....	30
JANA KEHL	
Das jakutische Luxusgut, das keines sein sollte	
Eine objektbiografische Annäherung an Macht und Widerstand innerhalb der sowjetischen Diamantwirtschaft 1956–1991	31
SIMONE KELLER	
Ein „weiblicher Arzt“ – „etwas Unerhörtes“	
Die Auswanderung der deutsch-schweizerischen Ärztin Josephine Zürcher (1866–1932) und die Verschiebung von Geschlechtergrenzen im transnationalen Missionskontext	32
LISA LINDER	
Die Debatte um eine ökologische Steuerreform in der Schweiz	
Eine Untersuchung der energiepolitischen Auseinandersetzung mit dem Konzept einer ökologischen Steuerreform in der Schweiz zwischen 1984 und 2015.....	33
CHIARA MERHI	
Fremdplatzierungen am Beispiel der Tessiner Vormundschaftspraxis in den 1960er- und 1970er-Jahren	34

LIVIA NOEMI MEYER	
„Auf, in den heiligen Krieg gegen alles, was unrein ist“	
Sittlichkeitsdiskurs und Geschlechteraspekte im Kontext der Vereine zur <i>Hebung der Sittlichkeit</i> zwischen 1875 und 1930.....	35
JELENA MITRIĆ	
„Gastarbajterke“	
Zu den Lebenswelten ex-jugoslawischer Arbeitsmigrantinnen und ihrer Nachkommen in der Schweiz zwischen Migration, Arbeit und Geschlecht (1989–2002).....	36
RAPHAEL MÜLLER	
Die Entstehung des Glarner Bundes von 1352	
Die Rolle der Stadt Zürich. Eine Analyse.....	37
ANA CAROLINA RIBEIRO CARDOSO	
Von Portugal nach Rio de Janeiro	
José Clemente Pereira und die bürokratische und Grossgrundbesitzer-Elite Rios	38
JOÃO RIBEIRO MARINHO	
Die Vizekönige und der vizekönigliche Hof der spanischen Monarchie in Lissabon	
Das nicht-fürstliche Vizekönigsmodell in Portugal unter Philipp III.: Politische Debatten, delegierte Amtsgewalt und Entscheidungspraktiken, 1598–1621	39
JANICK RÜTTIMANN	
Wie Krisen zu Verflechtung führen	
Die Entwicklung der schweizerisch-liechtensteinischen Beziehung von 1918 bis 1995	40
JANINE SCHNEIDER	
„Das ist nicht das Leben, sondern eine Strafe“	
Bäuerliche Tagebücher in der Sowjetunion zwischen Revolution und Terror	41
MARINA STONE	
Klima, Körper und Nation	
Umwelt- und klimadeterministische Narrative in Nationsbeschreibungen von der Mitte des 18. bis ins frühe 19. Jahrhundert.....	42
MEDEA VÖGELI	
Provenienzforschung von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgüter in der Schweiz	
Begrifflichkeiten, Akteure, Situation in Schweizer Kunstinstitutionen und die Rolle der Geschichtswissenschaft in diesem Forschungsfeld	43
GUNILLA WALLERTZ	
Erinnerungen an ein jüdisches Sarajevo im Wandel	
Eine räumliche Analyse jüdischer Lebenswelten der Zwischenkriegszeit bis 1941 in einer multireligiösen Stadt	45
ALEXANDRA FELIZITAS WELP	
Eine gesittete Rebellion?	
Die 1968er-Bewegung in der Deutschschweiz im Spannungsfeld von Bürgerlichkeit und Gegenkultur. Eine Analyse von Sprache und Subjektivität.....	46

Dissertationen

Giuanne Beeli

Vom „welschen Äbtlin“ zum Kardinal

Fürstabt Celestino Sfondrati (1644–1696) zwischen Mailand, St. Gallen und Rom

Dissertation bei Prof. em. Dr. Christian Windler und Prof. Dr. Nadine Amsler

Die Erhebung Celestino Sfondratis (1644–1696) zum Kardinal im Jahr 1695 bildet zwar eine Ausnahme in der Geschichte der Abtei und der schweizerischen Benediktiner, doch macht gerade sie kommunikative Praktiken sichtbar, mit denen sich benediktinische Akteure und ihre Ordensgemeinschaften aktiv an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen beteiligten und sich geschickt zwischen Observanz–d.h. der Gestaltung des Alltags gemäss den Vorgaben der Ordensregel–und der „Welt“ ausserhalb der Klostermauern bewegten.

Die Forschung zum Benediktinerkloster St. Gallen richtet ihren Blick seit jeher auf herausragende Persönlichkeiten, die als prägende Figuren der Klostergeschichte gelten. Mit dem Fokus auf Celestino Sfondrati reiht sich die Studie zwar in diese Darstellungsweisen ein. Zugleich öffnet sie jedoch mit der akteurszentrierten Perspektive den Blick auf aktuelle Fragestellungen der Frühneuzeitforschung. Über den Einzelfall hinaus zeigt sie auf, wie Ordensgeistliche in frühneuzeitlichen katholischen Gesellschaften als zentrale Akteure wirkten und mit ihrem spezifischen Normensystem gemeinsam mit anderen geistlichen und weltlichen Akteuren aktiv an Transformationsprozessen teilnahmen.

Basierend auf den reichen Beständen des Stiftsarchivs St. Gallen, des Apostolischen Archivs in Rom, des Archivs des französischen Aussenministeriums in La Courneuve, des Familienarchivs der Sfondrati in Como sowie weiteren verstreuten Beständen nähert sich die Studie der Ausgangshypothese: Am Beispiel Sfondratis wird aufgezeigt, dass sowohl die Durchsetzung und Performanz benediktinischer Observanz als auch Praktiken translokaler Verflechtung zentrale Mittel zur Positionierung der Fürstabtei und der Akteure selbst innerhalb der frühneuzeitlichen Universalkirche

darstellten.

Um diese Handlungsspielräume analytisch zu fassen, fokussiert die Untersuchung auf drei zentrale Aspekte: (1) translokale Verflechtungen und Netzwerke, in denen die Abtei und ihr Abt agierten; (2) Observanz als kommunikative Praxis; und (3) Selbstpositionierung im soziopolitischen Raum.

1) Der Aufstieg Celestino Sfondratis und die Stellung der Abtei St. Gallen lassen sich nur im Kontext eines dichten Netzes translokaler Verflechtungen verstehen. Auch der Benediktinerorden orientierte sich an diesem für die Frühe Neuzeit typischen Muster der Einflussnahme. Zwar lag der Ordensgründung die Überzeugung zugrunde, dass transzendente religiöse Werte und Normen grundsätzlich Vorrang haben, woraus die Geistlichen ein „Ideal des Nichtverflochtenseins“ ableiteten. In der Praxis war jedoch eine enge Verflechtung mit der „Welt“ unvermeidlich. Dies galt in besonderem Masse für das Kloster St. Gallen, das als Fürstabtei zugleich geistliche Gemeinschaft und weltlicher Herrschaftsträger war.

Zentral für die Ausrichtung der Fürstabtei während der Regierungszeit Celestino Sfondratis war die Einbettung in römische Korrespondenznetzwerke. Neben der offiziellen Verbindung über die päpstliche Nuntiatur etablierte Sfondrati eine persönliche Kommunikationslinie zur Kurie, die über einen eigens dafür eingesetzten Agenten lief. Der Zugang zur Kurie war nur über kontinuierliche Vermittlungsleistungen zu sichern. In der frühneuzeitlichen Gesellschaft, die stark auf physischer Präsenz und persönlicher Nähe beruhte, war Distanzkommunikation nur dann wirksam, wenn sie vor Ort durch vertrauensbildende, intermediär vermittelte Beziehungen abgesichert wurde. Eine Schlüsselrolle nahmen dabei der Agent in Rom und die Schwägerin Sfondratis in Mailand, auf

halbem Weg zwischen Rom und St. Gallen, ein. Ihre Tätigkeiten waren essenziell für das Funktionalisieren des Netzwerks, das Sfondrati – und damit zugleich auch die Fürstabtei St. Gallen und die Schweizerische Benediktinerkongregation – mit Rom verband.

Die enge Beziehung Sfondratis zu seiner Schwägerin verdeutlicht, dass sich die sozialen Praktiken frühneuzeitlicher Verflechtung trotz institutioneller und spiritueller Abgrenzungsversuche nicht von den Interessen der Herkunftsfamilie lösen liessen. Der wechselseitige Austausch von symbolischem Kapital und Vermittlungsleistungen verdeutlicht, dass monastische Karrierewege eng mit familialen Strategien verschränkt blieben und dass intermediäre Handlungsmacht – insbesondere von Akteur:innen jenseits formaler Machtpositionen – eine zentrale Rolle für die Strukturierung und Stabilisierung translokaler Netzwerke spielte.

2) Observanz bildet ein zentrales Element der Selbstverortung der Fürstabtei St. Gallen. Sie verlieh spirituelle Autorität und diente als Mittel symbolischer Kommunikation: Nach innen regulierte sie das klösterliche Leben, nach aussen repräsentierte sie geistliche Integrität. In dieser doppelten Funktion trug Observanz wesentlich dazu bei, die Abtei als geistliches Zentrum und zugleich als Trägerin territorialer Herrschaft zu legitimieren, gerade im Kontext konfessioneller Spannungen und politischer Umbrüche.

Die zugleich propagierte Intensivierung des Glaubenslebens in den Untertanengebieten diente dazu, Loyalität zu fördern, soziale Kohäsion zu stärken und die symbolische Präsenz der Abtei im Territorium zu festigen. Observanz war damit nicht nur ein Mittel innerer Disziplinierung, sondern zugleich ein performativer Akt symbolischer Kommunikation, der Autorität sichtbar machte und die Legitimität weltlicher wie geistlicher Herrschaft konfessionsübergreifend stabilisierte.

3) Als Zugewandter Ort der Alten Eidgenossenschaft war die Abtei in das Geflecht eidgenössischer Bündnisse und Entscheidungsprozesse eingebunden. Zugleich blieb sie auf die Anerkennung und Wahrung ihrer Souveränität durch überregio-

nale Herrschaftsträger angewiesen. Ihr aussenpolitisches Handeln beruhte auf diplomatischer Flexibilität, dem gezielten Einsatz von Netzwerken und Loyalitätsbekundungen sowie der ständigen Vermittlung zwischen konfessioneller Bindung und Staatsräson, wobei die Sicherung innerer Stabilität stets die Voraussetzung für erfolgreiche Selbstbehauptung im überregionalen Raum bildete.

Zur Zeit Celestino Sfondratis setzten die Schweizer Benediktiner die Orientierung an Rom als strategische Ressource ein, um ihre Eigenständigkeit zu wahren und ihre Stellung im politischen Gefüge der Eidgenossenschaft zu festigen. Sfondrati selbst nutzte die im Sinne einer frühneuzeitlichen Gesinnungspatronage vermittelte Nähe zu Rom, um sich in einem kirchenpolitischen Feld, das in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts tiefgreifenden Umbrüchen unterworfen war, zu positionieren. In über einem Dutzend Traktaten nahm er Stellung zu aktuellen Streitfragen der römischen Kirche. Zunächst stand sein Wirken im Zeichen der Verteidigung des päpstlichen Universalismus gegen den Gallikanismus; mit den wechselnden Pontifikaten verlagerte sich sein Fokus jedoch zunehmend auf die innere Reform der römischen Kurie, insbesondere auf die Kritik am Nepotismus innerhalb des Kurienapparats. Diese thematische Flexibilität, verbunden mit der Fähigkeit, sich an veränderte politische Konstellationen anzupassen, trug massgeblich zu seiner Erhebung zum Kardinal im Dezember 1695 bei.

Die Biografie Celestino Sfondratis zeigt, wie familiäre Herkunft, klösterliche Identität und römisch-universalkirchliche Orientierung nicht getrennt nebeneinanderstanden, sondern strategisch miteinander verflochten wurden. Gerade im Zusammenspiel dieser drei Handlungssphären – (I.) Mailand, (II.) St. Gallen und (III.) Rom, den geografischen Bezugsräume, in die sich die Studie gliedert – entwickelte Sfondrati eine flexible Selbstpositionierung, die nicht nur seine persönliche Karriere ermöglichte, sondern auch die Autonomie der Fürstabtei St. Gallen im ausgehenden 17. Jahrhundert stärkte.



Mitwirkung ohne Wirkung?

Die Beteiligung des Parlaments an der schweizerischen Aussenpolitik von 1848–1992

Dissertation bei Prof. Dr. Sacha Zala und Prof. Dr. Silvia Berger Ziauddin

Diese Dissertation untersucht die Rolle des Parlaments in der schweizerischen Aussenpolitik seit der Gründung des Bundesstaats 1848. Obwohl die Bundesverfassung in der Aussenpolitik geteilte Kompetenzen zwischen Bundesrat und Bundesversammlung vorsieht, standen in Forschung und Öffentlichkeit lange Zeit vor allem Regierung, Diplomatie und Bundesverwaltung im Fokus. Die parlamentarische Mitwirkung blieb demgegenüber unterbelichtet.

Ein zentrales Problem parlamentarischer Beteiligung liegt in der schwer normierbaren Natur der Aussenpolitik. Gerade für einen neutralen Kleinstaat wie die Schweiz ist sie stark von externen Entwicklungen abhängig und lässt sich nur begrenzt gesetzlich fassen. Die Mitwirkung der Legislative erscheint daher weniger offensichtlich als in anderen Politikfeldern. Eine Auswertung der Parlamentsakten, Kommissionsprotokolle, Presseartikel sowie der persönlichen Korrespondenzen und Nachlässe der Parlamentsmitglieder zeigt jedoch, dass nur ein breites Verständnis parlamentarischer Einflussnahme den tatsächlichen Beitrag des Parlaments sichtbar macht. Auf dieser Grundlage werden vier Epochen parlamentarischer Mitwirkung unterschieden.

Zwischen 1848 und 1914 war diese stark individualisiert. Der geringe Institutionalisierungsgrad – fehlende Fraktionen, keine ständigen Kommissionen und eine schwach entwickelte Vorstosspraxis – begünstigte informelle Einflusskanäle. Insbesondere die sogenannten „Bundesbarone“, liberale Wirtschaftsführer im Parlament, prägten die Aussenpolitik über persönliche Kontakte zum Bundesrat und setzten sich etwa im Neuenburger- und Savoyerhandel für friedliche Lösungen ein. Ab den 1870er-Jahren wurde ihre Stellung zunehmend durch organisierte Interessenverbände relativiert, während der Bundesrat seine Position stärkte. Dennoch blieben individuelle Handlungsspielräume gross, etwa durch die Mitwirkung von Parlamentariern an Handelsvertragsdelegationen. Um 1900 setzte eine vorsichtige Institutionalisierung ein, zugleich zeigte sich eine Begrenzung

parlamentarischer Kompetenzen, etwa beim gescheiterten Versuch, ein Mitspracherecht bei der Errichtung von Gesandtschaften zu sichern.

Die Jahre 1914 bis 1945 waren durch die Vollmachtenregime der Weltkriege geprägt. Die Bundesversammlung übertrug dem Bundesrat weitreichende Kompetenzen, ohne ihre Mitwirkung ganz aufzugeben. Diese verlagerte sich vielmehr auf andere Ebenen. Neutralitätskommissionen fungierten als zentrale Diskussionsforen und erste institutionalisierte Schnittstellen zwischen Parlament und Regierung. Zugleich wich ein Teil der Einflussnahme in den ausserparlamentarischen Raum aus, etwa in informellen Netzwerken oder individuellen Initiativen. Auch in der Zwischenkriegszeit engagierten sich Parlamentarier in internationalen Gremien wie dem Völkerbund. Gleichwohl wurde die eigene Einflusskraft als gering wahrgenommen. Die 1936 geschaffene Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Nationalrat blieb mangels Pendant im Ständerat zunächst schwach.

Erst ab 1945 etablierte sich ein regulärer Kommissionsbetrieb in beiden Kammern. In der Phase von 1945 bis 1970 zeigte sich, dass parlamentarische Mitwirkung nicht zwingend oppositionell sein musste. Angesichts der drohenden internationalen Isolation nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützte das Parlament die Aussenpolitik des Bundesrats aktiv. Zugleich diente es als öffentliche Plattform, über die die Regierung ihre Positionen kommunizieren konnte, etwa während der Ungarnkrise 1956 oder des Prager Frühlings 1968. Eigenständige parlamentarische Initiativen blieben selten, traten jedoch bei Grundsatzfragen wie einem Beitritt zum Europarat oder zur UNO hervor.

Um 1970 kam es zu einem deutlichen Wandel. Die umstrittene Krisenkommunikation des Bundesrats im Kontext terroristischer Anschläge führte zu wachsender Kritik im Parlament. Dieses verstand seine Rolle nun verstärkt als kontrollierende Instanz. Die Instrumente der Oberaufsicht wurden ausgebaut, und die parlamentarische Be-

suchtsdiplomatie gewann an Bedeutung, teils auch in Abgrenzung zur Regierung. Die Defizite der Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und Parlament traten besonders in der gescheiterten Volksabstimmung über den UNO-Beitritt 1986 zutage. In der Folge erkannten sowohl Bundesrat als auch Parlament die Notwendigkeit, die Aussenpolitik stärker parlamentarisch und somit stärker gesellschaftlich zu verankern. Die bevorstehende Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) 1992 verlieh diesem Reformanliegen zusätzliche Dynamik. Eine umfassende Parlamentsreform stärkte die Mitwirkungsrechte der Bundesversammlung und wurde 1992 vom Volk angenommen. Dennoch scheiterte im selben Jahr der EWR-Beitritt knapp, was die Grenzen institutioneller Reformen deutlich machte.

Insgesamt zeigt die Analyse die Vielfalt parlamentarischer Aussenpolitik und ihre zentralen Wendepunkte. Das Parlament erscheint als viel-

schichtiger Akteur, bestehend aus zwei Kammern, diverser Fraktionen, Kommissionen, Delegationen und einzelnen Mitgliedern mit unterschiedlichen Interessen und Handlungsspielräumen. Entsprechend breit ist das Spektrum der Mitwirkungsformen – von klassischen Instrumenten wie der Einreichung von Vorstössen, der Verabschiedung des Bundesbudgets und der Gesetzgebung bis hin zu informellen Praktiken wie einer eigenen Besuchsdiplomatie, Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerken in Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft. Obwohl die Hauptverantwortung für die Gestaltung der schweizerischen Aussenpolitik stets beim Bundesrat lag, entstand die Aussenpolitik nie im luftleeren Raum, sondern wurde stets auch durch Parlament und Öffentlichkeit mitgeprägt.

Die Disseration wird in der Reihe *Quaderni di Dodis* der Forschungsstelle *Diplomatische Dokumente der Schweiz* veröffentlicht..



Glanz und Elend der Porzellanindustrie

Eine Langenthaler Weltgeschichte

Dissertation bei Prof. Dr. Christof Dejung und Prof. Dr. Matthieu Leimgruber

„Suisse Langenthal“ stand einst für ein florierendes Unternehmen. Die Porzellanfabrik Langenthal schaffte es im 20. Jahrhundert vom fragilen Start-up zum scheinbar unverwüstlichen Volksgut. Als populäre Schweizer Marke ging sie mit der nationalen Fluggesellschaft buchstäblich um die Welt. Als das Grounding der Swissair 2001 das Land bewegte, lag auch die „Porzi“ am Boden. Es war ein Niedergang, der schleichend kam und dramatisch endete.

„Glanz und Elend der Porzellanindustrie. Eine Langenthaler Weltgeschichte“ ist angelegt als erste umfassende Darstellung der Unternehmensgeschichte. Die Dissertation zielt jedoch darüber hinaus. Sie verknüpft wirtschafts-, sozial- und kulturhistorische Perspektiven auf die Porzellanindustrie und die Bedeutung von Porzellan in der Schweiz vom späten 19. bis ins frühe 21. Jahrhundert. Dabei stützt sie sich auf Quellen aus dem Unternehmensarchiv, das sich bis heute auf dem Fabrikareal befindet und im Rahmen des Projekts erstmals systematisch konsultiert worden ist.

Die Studie ist inspiriert von Ansätzen der *microstoria* in der Tradition italienischer und angelsächsischer Historikerinnen und Historiker. Methodisch steht sie für den Versuch, einen mikrohistorischen und einen diskursanalytischen Ansatz sinnfällig zu kombinieren. Insofern bietet sie auch ein Modell für die Erforschung von Industriegeschichte in kultureller und gesellschaftlicher Perspektive.

Als die Porzellanfabrik Langenthal 1908 ihren Betrieb aufnahm, stellte sie ein „unmögliches“ Produkt her, das der Markt eigentlich nicht brauchte. Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert wurde die Schweiz mit Porzellanwaren aus dem Ausland überschwemmt. Die Herstellung von Porzellan forderte viel Handarbeit und noch mehr Energie, entsprechend hoch war der Ressourceneinsatz. Das Know-how war in der Schweiz nicht vorhanden, auch die spezifischen Rohstoffe fehlten. So war die Porzellanfabrik Langenthal von Anfang an ein mutiges, aber auch ein zerbrechliches Unternehmen, das seine Marktrolle suchen und erkämpfen

musste.

Die Überlebensstrategie des Unternehmens, so die These, baute auf drei Säulen: die Kultivierung von Swissness, die Ausrichtung auf den Gastronomiemarkt und die fortlaufende Rationalisierung im Geist des „scientific management“. Entsprechend liegt hier ein Schwerpunkt der Studie. Sie zeigt auf, wie die Langenthaler Fabrik vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Unternehmen zu einem internationalen Porzellankonzern wuchs, in diesen Feldern agierte. Und sie fragt, inwieweit der wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Wandel in diesen Feldern den Niedergang des Unternehmens einleitete.

Als besonders potent erweist sich dabei die Swissness-Strategie. Der Boden dafür war jedoch bereits vor der Gründung des Unternehmens bereitet. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wuchs der Bedarf an Porzellan enorm und konnte mangels einer einheimischen Industrie nur durch Importe, vor allem aus Deutschland, gedeckt werden. Die Porzellanfabrik trat gewissermassen an, um diese Auslandsabhängigkeit zu durchbrechen. Früh lancierte sie das Label „Langenthal Suisse“ (später „Suisse Langenthal“) und appellierte, unterstützt von der bürgerlichen Presse, an die Kundschaft, einheimisches Porzellan zu kaufen.

Im Umfeld der Landesausstellung 1914 in Bern wurde Porzellan zur Projektionsfläche des Patriotismus, sein Erwerb zu einem quasipatriotischen Akt stilisiert. Diese Überlagerung von Marketing und Politik weit über den Ersten Weltkrieg hinaus ist ein überraschender Befund. Die diskursanalytische Untersuchung zeigt, dass Porzellan vor dem Hintergrund der „geistigen Landesverteidigung“ stark kulturpolitisch konnotiert, teils fast schon mythisch überhöht wurde. Bei der Popularisierung von „Suisse Langenthal“ spielten die Landesausstellungen in Bern (1914), später in Zürich (1939) und Lausanne (1964) als Katalysatoren eine wichtige Rolle.

Die Porzellanfabrik Langenthal selbst leistete einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur „Demokratisierung“ des Porzellans in der Schweiz.

Im Zeichen der „Verbürgerlichung“ der Angestellten und in der Folge auch der Arbeiterschaft befriedigte Langenthal ab den 1910er-Jahren das Bedürfnis nach solidem und wertigem Gebrauchsgeschirr aus einheimischer Produktion. Der Wandel des Porzellangebrauchs erweist sich dabei als prägnantes Beispiel für einen Top-down-Effekt im Sinne von Norbert Elias. Durch die Imitation höfischer (Tisch-)Kultur avanciert Porzellan zu einem Statussymbol für das aufstrebende Bürgertum und zu einem Mittel der Abgrenzung gegen die Arbeiterschaft. Von Arbeitern geschaffen, von Dienstboten serviert, erhält Porzellan als Statuswährung im (gross)bürgerlichen Haushalt eine ausgeprägte soziale Signatur, deren Anwendung mit präzisen Regeln verknüpft ist.

Hier setzt die Studie aus sozialhistorischer Perspektive an. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in der Hochblüte des Bürgertums, kommt es in der Schweiz zu einer ausgeprägten „Porzellanwut“. Porzellan erreicht viele Bereiche des Alltags und wird zugleich feuilletonistisch überhöht. Diese „Porzellanwut“ erscheint vordergründig als Ausdruck bürgerlichen Selbstbewusstseins, bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch eine andere Dimension. Weil Porzellan zunehmend auch für nachfolgende soziale Schichten erschwinglich wurde, drohten Distinktionsverluste.

Für den Verlauf des 20. Jahrhunderts sind die sozialen Mechanismen, die mit Porzellan verknüpft sind, schwerer zu greifen. Auffallend ist jedoch die Diskursverschiebung nach dem Zweiten Weltkrieg. War der Porzellankonsum zuvor stark mit der Gedankenfigur der „geistigen Landesverteidigung“ assoziiert, rückte nun die individuelle Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten in den Vordergrund. Aus dem Zwang zur politischen Selbstbehauptung wurde die persönliche Freiheit des Konsums im Zeichen der Hochkonjunktur. Trotz dieses „Individualisierungsschubs“ blieb Porzellan auf Jahre hinaus förmlich mit traditionellen Fest- und Geselligkeitsritualen ver-

knüpft. Dazu gehörte die Porzellangabe als Hochzeitsgeschenk – eine Adelstradition, die ihren Weg über das gehobene Bürgertum in den Mittelstand des 20. Jahrhunderts gefunden hat.

Der Abschied von der altbürgerlichen Ära fiel den Verantwortlichen in Langenthal schwer. Bezeichnend dafür ist, wie lange man in der Führungsetage den alten Porzellanservices – den kompletten Geschirrssets also – Reverenz erwies. Bis in die Achtzigerjahre hinein wurde der Verlust der Nachfrage im Servicemarkt betrauert. Die Lancierung von „Bopla!“ 1993 war vordergründig ein Befreiungsschlag, ein Bruch mit dem kulturellen Muster der Bürgerlichkeit, das mit den mehrteiligen Porzellanservices verknüpft war. Doch der Schritt erfolgte nicht mit der nötigen Entschlossenheit.

Als das Unternehmen ab den Achtzigerjahren aus dem Gleichgewicht geriet, waren internationale Faktoren entscheidend. Das Marktumfeld veränderte sich mit der zunehmenden Konkurrenz aus Asien und aus Osteuropa markant, dieser Dynamik hatte Langenthal wenig entgegenzusetzen. Obwohl die Porzellanfabrik in den Sechzigerjahren einen Expansionskurs verfolgte und zur internationalen Gruppe wuchs, vermochte das Unternehmen keine entscheidenden Skalenvorteile zu erzielen. Im internationalen Rahmen agierte die Leitung, von Ausnahmen abgesehen, glücklos.

Im Überlebenskampf, der sich bald zuspitzte, fehlten dem Unternehmen die nötigen Mittel, um das Geschäft zu stabilisieren. Unter der Führung von Keramik Laufen wurde „Suisse Langenthal“ zum Spielball von Konzerninteressen. Am Ende, so der Befund dieser Studie, kam es zu einer fatalen Kettenreaktion auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene, die das Schicksal der Langenthaler Gruppe besiegelte.

Buchpublikation: *Oliver Meier: Glanz und Elend der Porzellanindustrie. Eine Langenthaler Weltgeschichte*, Chronos Verlag, Zürich 2026. ISBN 978-3-0340-1842-5.



Niko Bebis

Der „Mädchenhandel“ in der Habsburgermonarchie Netzwerke der Frauenhändler:innen in Behördenakten und Presse

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Der Frauenhandel zwischen den 1880er-Jahren und dem Ersten Weltkrieg, zeitgenössisch auch als „Mädchenhandel“ bezeichnet, war ein transnationales Phänomen, dem insbesondere in der Habsburgermonarchie eine zentrale Rolle zukam. Die vorliegende Arbeit analysiert die Netzwerke der Frauenhändler:innen, ihre Strukturen, Funktionsweisen und internationalen Verflechtungen. Dabei wird Frauenhandel nicht ausschliesslich als kriminelle Praxis verstanden, er galt als eine der ersten Formen von organisierter Kriminalität, sondern als ein vielschichtiges soziales, wirtschaftliches und migrationsgeschichtliches Phänomen.

Ziel ist es, auf Grundlage von Behördenakten und zeitgenössischen Presseberichten diese Netzwerke zu rekonstruieren. Im Fokus stehen dabei die internen Beziehungen, die Identifikation von Schlüsselpersonen sowie die Strategien der Strafverfolgung. Deutlich wird, dass nicht isolierte Personen handelten, sondern arbeitsteilig organisierte Zusammenschlüsse. Diese Netzwerke variierten in ihrer Struktur: Während manche auf familiären Bindungen basierten, agierten andere in lose verbundenen, bandenähnlichen Strukturen über Staatsgrenzen hinweg. Einzelpersonen waren zum Teil für verschiedene Gruppen tätig. Der Frauenhandel umfasste mehrere Stufen – Anwerbung, Transport/Verschleppung und Verkauf –, häufig in aussereuropäische Regionen wie Südamerika, Ägypten oder dem Osmanischen Reich. Innerhalb dieser Netzwerke agierten die Beteiligten zunehmend spezialisiert und angepasst an die Bedingungen einer mobilen und urbaner werdenden Welt.

Galizien und die Bukowina waren von struktureller Armut, geringer Bildung und fehlenden Perspektiven geprägt. Besonders die jüdische Bevölkerung war von Auswanderung betroffen – freiwillig oder unter Druck. Auf beiden Seiten des Frauenhandels waren jüdische Personen involviert, was

in der antisemitisch gefärbten Presse zunehmend zu einer Stigmatisierung des „Mädchenhandels“ als vermeintlich „jüdisches“ Verbrechen führte. Die Arbeit beleuchtet diesen Diskurs – gerade in der deutsch-nationalen Presse – kritisch und zeigt wie weit diese antisemitische Stigmatisierung innerhalb der Zeitungen ging.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Reaktion der habsburgischen Behörden. Herausforderungen in der Strafverfolgung – etwa durch gefälschte Pässe, Korruption und ein unzureichendes Strafrecht – erschwerten ein konsequentes Vorgehen. Zwar wurden institutionelle Massnahmen wie die Einrichtung einer Zentralstelle zur Bekämpfung des Frauenhandels oder ein Verbrecher:innenalbum implementiert, deren Wirkung blieb jedoch begrenzt angesichts der Flexibilität der Täter:innen und der transnationalen Dimension des Phänomens.

Grundlage bilden umfangreiche Aktenbestände der Landespolizeidirektion Wien, darunter internationale Korrespondenzen, Ermittlungsberichte und Fahndungsunterlagen, sowie digitalisierte Zeitungen aus dem Bestand der Österreichischen Nationalbibliothek. Methodisch kombiniert die Arbeit klassische Quellenkritik mit Netzwerkanalyse – unter anderem durch Visualisierungen mittels *Gephi* – sowie eine diskursanalytische Auswertung der Presseberichte. Diese dient dabei die Netzwerke auch graphisch sichtbar zu machen, Schlüsselfiguren zu erkennen, Beziehungen zwischen Personen zu analysieren und zum Herausfinden von Schnittstellen – also Personen welche für verschiedene Frauenhändler:innen tätig waren.

In der Analyse werden die Netzwerke der Frauenhändler:innen als heterogene Gebilde sichtbar, angesiedelt zwischen organisiertem und ökonomischem Verbrechen. Die Untersuchung zeigt, wie komplex die Verbindungen zwischen den Ak-

teur:innen waren und wie unzureichend die staatliche Reaktion blieb. Zudem verdeutlicht die Arbeit, wie stark antisemitische Deutungsmuster den Diskurs in deutsch-nationalen Zeitungen und darüber hinaus prägten. Sie leistet damit einen Beitrag

zur historischen Kriminalitäts-, Migrations- und Antisemitismusforschung und sensibilisiert für ein Phänomen, das bis heute als Menschenhandel bekannt ist.



Hanna Katharina Brem

„Ein Spiegelbild gewaltigster Ereignisse“

Hermann Konsbrücks „Großer Bilderatlas des Weltkrieges“: eine Visualisierung des Ersten Weltkrieges und die serielle Nutzung von Fotografien in der Narrativkonstruktion

Masterarbeit bei Dr. habil Carmen Scheide

Im Zentrum der Masterarbeit steht der zwischen 1915 und 1919 erschienene *Grosse Bilderatlas des Weltkrieges* von Hermann Konsbrück, eine der umfangreichsten zeitgenössischen Bildpublikation zum Ersten Weltkrieg. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass der Erste Weltkrieg als erster Konflikt gilt, indem die bereits seit 70 Jahren bestehende Fotografie zum Massenmedium wird und damit zu einem zentralen Medium in der Erinnerungskonstruktion. Der Krieg wurde nicht mehr nur durch professionelle Fotograf:innen, sondern auch durch unzählige Amateur:innen dokumentiert. Während die Bildbände der Weimarer Republik in der Forschung viel Beachtung fanden, geriet der Bilderatlas trotz seinem Umfang von knapp 6000 Abbildungen in Vergessenheit, obwohl sich später publizierte Bildbände direkt auf ihn beziehen. Diesem Desiderat wird Rechnung getragen, indem der Bilderatlas in einem ersten Teil der Arbeit quellen- und forschungsgeschichtlich verordnet wird. Anhand des Börsenblattes für den Deutschen Buchhandel, Zeitungsartikeln, den Vorworten und weiteren Quellen werden Verlag und Herausgeber vorgestellt, Entstehung, Konzeption, intendiertes Publikum, Vertriebswege und die zeitgenössische Rezeption ausgearbeitet, sowie der Aufbau und das Verhältnis von Text und Bild analysiert. Es handelt sich beim Bilderatlas um eine publizierte Quelle, die in 30 Lieferungen beziehungsweise drei Sammelbänden zwischen 1915 und 1919 erschienen ist. Die Hefte sind geografisch beziehungsweise militärstrategisch geordnet. Während es sich beim Verlag um den bekannten Bruckmann-Verlag handelt, liess sich

trotz intensiver Recherchen kaum etwas über den Herausgeber Hermann Konsbrück herausfinden. Die abgedruckten 6000 Bilder – mehrheitlich Fotografien – wurden von Konsbrück aus über 60 000 gesammelten Bilder ausgewählt, aus ihrem ursprünglichen Kontext herausgelöst und durch neue Bildunter- beziehungsweise Seitenüberschriften und serielle Anordnung in ein eigenständiges Narrativ überführt. Mittels Abgleich der Fotografien mit Archivbeständen wurde gezeigt, dass Konsbrück zeitliche, örtliche und inhaltliche Gegebenheiten dabei korrekt wiedergibt.

Methodisch stützt sich die Arbeit auf eine seriell-ikonografische Analyse des gesamten Werkes, wobei hauptsächlich wiederkehrende Motive und Kompositionsmuster untersucht werden. Sowohl die Komposition wie auch die Verbindung von Bild und Text untermauern eine narrative Darstellung des Krieges. In der Untersuchung mitberücksichtigt wurde die herrschende Zensur während des Krieges, sowie die Möglichkeit der Retuschen und Inszenierungen bei der Darstellung von vermeintlich authentischen Kriegsbildern. Wie am Schluss der Arbeit skizziert wird, bildet die serielle Analyse eine Grundlage für detaillierte ikonografische Einzelstudien, die in weiteren Untersuchungen bearbeitet werden könnten. Der Bilderatlas wird zunächst als Orientierungshilfe analysiert. Es wird gezeigt wie Konsbrück den Krieg räumlich (über Karten und Bilder der einzelnen Frontabschnitte) und personell (über Porträts und Darstellungen verschiedener Ethnien) ordnet und hierarchisiert. Im Zentrum der anschliessenden inhaltlichen Analyse steht die Frage, wie Kons-

brück den Krieg visualisiert und wie sich die Darstellung über die Zeit verändert. Dabei werden die Bilder anhand ausgewählter Topoi (Technik und Zerstörung, Natur, Macht, Kriegsgefangenschaft, Beute, Lazarettwesen, Tod, Hygiene, Lebensmittelversorgung, Zivilbevölkerung sowie der Alltag der Soldaten zwischen Front und Etappe) seriell ausgewertet. Es wird gezeigt, dass im Zentrum des Narrativs ein (durch Deutschland) kontrolliertes Kriegsgeschehen steht, dabei aber extreme Gewalt und die menschliche Katastrophe ausgespart wird. Trotzdem zeigt der Bilderatlas eine immense Breite, indem die in später erschienenen Bildbänden stark untervertretene Ostfront sowie nicht

militärische Bereiche miteinbezogen werden. Abschliessend wird der Bilderatlas als „Siegerwerk“ diskutiert und gezeigt, wie Konsbrück Sieg, Niederlage und Kriegsschuld darstellt. Auch nach dem Kriegsende hält Konsbrück an seiner Darstellung der deutschen Überlegenheit fest. Durch die serielle Analyse konnte gezeigt werden, dass narrative Brüche – wenn überhaupt – nur implizit sichtbar werden. Trotz seiner Differenzierung ist der Bilderatlas nicht als neutrale Dokumentation, sondern als visuelle Stellungnahme in zeitgenössischen gesellschafts- und erinnerungspolitischen Debatten zu verstehen.



Luca Salvatore Burgaretta

Vom „demi-citoyen“ zum „double national“

Die Einführung des Doppelbürgerrechts 1992. Eine Anomalie in der Schweizer Migrationspolitik

Masterarbeit bei PD Dr. Francesca Falk

Die Schweiz ist ein Land von Doppelbürger:innen. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung besitzt zwei oder mehr Pässe. Sei es im Sport, in der Politik oder in der Gesellschaft: „doppelte Identitäten“ sind in der Schweiz überall zu finden. 1992 wurde das Doppelbürgerrecht offiziell eingeführt. Die Schweiz war in dieser Hinsicht ihren Nachbarländern (mit Ausnahme Frankreichs) plötzlich voraus. Ein bemerkenswerter Wendepunkt in der Schweizer Migrationspolitik, da doppelte Staatsbürgerschaften zuvor laut Artikel 17 des Bürgerrechtsgesetzes unerwünscht waren. Ausländer:innen, die sich einbürgern lassen wollten, hätten ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft aufzuheben. Doppelbürger:innen galten als *demi-citoyen*. Auf den Wunsch hin, bei einer Einbürgerung ihren alten Pass behalten zu wollen, wurde ihnen Illoyalität und Opportunismus vorgeworfen. Während der Bürgerrechtsrevision 1987–1990 war dieser Punkt für die längste Zeit unbestritten. Doch im Frühling 1990 wurde das Doppelbürgerrecht nahezu einstimmig angenommen. Diese Masterarbeit untersucht, welche politischen und wirtschaftlichen Hintergründe zu dieser Wende führten und ob die Einführung des Doppelbürgerrechts im Kon-

text der Schweizer Migrationspolitik des 20. Jahrhunderts als Anomalie bezeichnet werden kann.

Die Arbeit stützt sich auf eine qualitative Analyse parlamentarischer Quellen. Die Protokolle der Debatten im National- und Ständerat zur Bürgerrechtsrevision zwischen 1987 und 1990 stehen dabei im Zentrum der Quellenanalyse. Als Ergänzung werden die Protokolle der zuständigen parlamentarischen Kommissionen ausgewertet, um die jeweiligen Entscheidungsprozesse und vor allem die Kehrtwende zwischen 1989 und 1990 genauer rekonstruieren zu können. Dank dieser Analyse kann eine Chronologie der politischen Entscheidungen nachgezeichnet und die Argumente der Befürworter:innen und Gegner:innen der Doppelbürgerschaft verglichen werden. Die Quellenanalyse zeigt, dass eine Streichung von Artikel 17 bis 1989 kaum zur Debatte stand. Der Vorschlag im Herbst 1989 zur Einführung des Doppelbürgerrechts wurde deutlich verworfen. Doch im Differenzbereinungsverfahren wenige Monate später kam es zur überraschenden Kehrtwende: Das Doppelbürgerrecht wurde nahezu einstimmig vom Parlament angenommen. Ausschlaggebend dafür war ein politisches Manöver innerhalb der parla-

mentarischen Kommissionen. Auf Initiative von Bundesrat Arnold Koller, 1989 noch kein Befürworter des Doppelbürgerrechts, wurde eine erneute Abstimmung über eine eigentlich abgeschlossene Frage ermöglicht. Dabei veränderten sich die inhaltlichen Argumente in den Debatten zwischen 1989 und 1990 nur begrenzt, ihre politische Gewichtung verschob sich jedoch deutlich. Zentraler Faktor waren der Einfluss von wirtschaftlichen und europapolitischen Überlegungen. Vor dem Hintergrund der fortschreitenden europäischen Integration und der Diskussionen um den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) betrachteten die Sozialpartner, allen voran die Wirtschaftsverbände, das bestehende Verbot für Doppelbürgerschaften zunehmend als Standortnachteil für den Wirtschaftsraum Schweiz. Zudem wurde argumentiert, Artikel 17 sei faktisch kaum mehr umsetzbar, da neu die erleichterte Einbürgerung für ausländische Ehepartner:innen von Schweizer:innen in Zukunft automatisch mehr Doppelbürgerschaften schaffen werde. Auch Kinder aus binationalen Ehen würden das Schweizer Bürgerrecht bei ihrer Geburt erwerben, deshalb gäbe es bereits viele Doppelbürger:innen. Ein gemeinsames Schreiben der Sozialpartner an den Bundesrat war der entscheidende Punkt, der die Frage erneut auf die politische Agenda setzte und den Meinungsumschwung im Parlament begünstigte.

Um die Ergebnisse der Quellenanalyse einzuordnen und zu verstehen, werden sie in den historischen Kontext der Schweizer Migrationspolitik des 20. Jahrhunderts gestellt. Dieser orientiert sich am sogenannten „Überfremdungsnarrativ“. Es bildet seit Beginn des 20. Jahrhunderts den zentralen Deutungsrahmen der migrationspolitischen Debatten in Schweizer Politik und Gesellschaft. Die historische Kontextualisierung zeigt, dass migrationspolitische Liberalisierungen in der Schweiz häufig entstehen, wenn durch wirtschaftliche Interessen und internationalem Druck die migrations-skeptische Haltung an Bedeutung verliert. Bei der Einführung des Doppelbürgerrechts war dies genauso der Fall. Sie war jedoch in einigen Punkten ungewöhnlich. Die rasche politische Kehrtwende, die breite Zustimmung im Parlament, das Ausbleiben eines Referendums sowie die frühe Einführung im europäischen Vergleich lassen die Einführung des Doppelbürgerrechts in gewissen Aspekten als Anomalie innerhalb der ansonsten restriktiven Schweizer Migrationspolitik erscheinen. In anderer Hinsicht hingegen nicht, wie anhand eines Vergleichs mit dem „2. Italienerabkommen“ von 1964 aufzeigt wird: Unter Druck der Sozialpartner – allen voran der Wirtschaftsverbände – kann die Schweizer Politik das „Überfremdungsnarrativ durchbrechen“ und rasche Liberalisierungen im Migrationssystem vollziehen.



Sarah Büttiker

Iatromathematische Hausbücher zwischen Wissen, Selbstvergewisserung und Selbstverständnis

Bedeutung und Funktion in den politischen Führungsschichten Berns und Nürnbergs im Spätmittelalter

Masterarbeit bei Prof. Dr. Regula Schmid Keeling

Die vorliegende Masterarbeit befasst sich mit der Iatromathematik oder Astromedizin, welche Lösungen für medizinische Probleme anhand einer Verbindung von Mathematik, Astronomie und Astrologie suchte, indem anhand verschiedener Methoden das Ungleichgewicht von Körpersäften behoben oder verhindert werden sollte. Als Ausgangspunkt dienen die Beobachtungen, dass iatromathematische Hausbücher als medizinisch-as-

trologische Ratgeber einerseits im Kontext der politischen Führungsschicht verbreitet waren und andererseits die Lebensführung ihrer Nutzerinnen und Nutzer massgeblich beeinflussten. Iatromathematischen Hausbücher wurden aber bisher nicht im Hinblick auf ihren Zusammenhang mit der sozialen Position ihrer Empfänger untersucht. Im Zentrum stehen deshalb iatromathematische Hausbücher aus dem ausgehenden 15. Jahrhundert

anhand der Fragestellung: Welche Bedeutung hatten iatromathematische Hausbücher für die Angehörigen der politischen Führungsschichten Berns und Nürnbergs im Spätmittelalter, und lässt sich ihre Nutzung auch als Ausdruck einer Praxis der Selbstvergewisserung verstehen? Damit verbindet die Untersuchung wissens-, sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven und trägt dazu bei, die vielfältige Bedeutung der Hausbücher zu ergründen.

Untersuchungsgegenstand sind zwei Manuskripte mit eindeutig identifizierbaren Empfängern. Zum einen der Codex Schürstab, Zentralbibliothek Zürich (ZB), Ms. C 54, der um 1469/72 für das Nürnberger Ehepaar Erasmus und Dorothea Schürstab kompiliert wurde, sowie zum anderen das Iatromathematische Gesundheitsbüchlein ZB, Ms. Z VII 287, welches 1482 von Conrad Türost für den Berner Schultheissen Rudolf von Erlach erstellt wurde. Bei beiden Manuskripten handelt es sich um Auftragsarbeiten, welche eine ähnliche Entstehungszeit aufweisen. Sie eignen sich deshalb besonders gut für eine vergleichende Analyse. Ergänzend dienen der Kalender für Kaiser Friedrich III. und drei bayerische iatromathematische Hausbücher ohne bekannte Empfänger als eine Art Kontrollgruppe zur Einordnung gemeinsamer Merkmale und möglicher Abweichungen.

Die Vorgehensweise kombiniert verschiedene Ansätze. Zunächst erfolgt eine thematische Gliederung der Inhalte, anhand derer die Hausbücher besonders auf Art und Umfang der behandelten Themen untersucht werden können. Anschliessend erfolgt eine detaillierte Analyse der Inhalte, welche insbesondere auf Widmungen, Genealogien,

Handlungsanweisungen und diätetische Ratschläge eingeht und diese hinsichtlich ihrer praktischen Nutzbarkeit als auch in Bezug auf ihre soziale Bedeutung diskutiert.

Die Untersuchung zeigt, dass iatromathematische Hausbücher keineswegs bloss medizinisch-astrologische Ratgeber waren, sondern vielmehr die Wissensvermittlung mit Aspekten der Selbstvergewisserung beziehungsweise der Selbstrepräsentation verbanden. Hinweise darauf liefern beispielsweise lange Dedikationstexte, Dedikationsbilder und Genealogien, die Art der Handlungsanweisungen sowie die Individualisierung des Textes auf den Empfänger. Dies deutet darauf hin, dass die iatromathematischen Hausbücher nicht nur der praktischen, medizinisch-astrologischen Konsultation dienten, sondern zugleich auch als sichtbare Zeichen von Bildung, adliger Lebensweise und gesellschaftlichem, ständischen Anspruch fungierten. Sie hatten für ihre Empfänger also auch die Funktion, sie als Teil der politischen Führungsschicht auszuweisen und unterstützten die Konstruktion ihrer Identität.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass iatromathematische Hausbücher sowohl Mittel zur gesunden Lebensführung waren als auch Instrument zur Konstruktion oder Bestätigung der Stellung der Empfänger in der sozialen und politischen Hierarchie. Sie stehen also zwischen Wissen, sozialer Praxis und persönlicher Inszenierung. Damit leisten die Ergebnisse einen Beitrag zum Verständnis spätmittelalterlicher Praktiken der Selbstvergewisserung und verdeutlichen die Verknüpfung der Aneignung von Wissen und Identitätsbildung.



Bendicht Chervet

Von der Reichsstadt zur Provinzhauptstadt?

Verhandlungen in Brüssel und Madrid um die Integration der Reichsstadt Besançon in die Katholische Monarchie (1661 – 1663)

Masterarbeit bei Prof. em. Dr. Christian Windler

Die Masterarbeit befasste sich mit der territorialen Integration der freien Reichsstadt Besançon in die Katholische Monarchie, welche im Anschluss an den 1654 zwischen Kaiser Ferdinand I. und

König Philipp IV. ausgehandelten Abtausch der Stadt gegen die Festungsstadt Frankenthal vollzogen wurde. Konkret richtete sich mein Erkenntnisinteresse auf die Verhandlungen, welche die

Reichsstadt in den 1660er Jahren zur Festlegung der Beitrittsmodalitäten mit den königlichen Räten Philipps IV. an dessen Höfen in Brüssel und Madrid führte. Besançon knüpfte die Zustimmung für die Unterordnung unter die Souveränität Philipps IV. an gewisse Bedingungen. Insbesondere forderte die Reichsstadt, dass als Kompensation für den Verlust der weitreichenden Privilegien, die sie als freie Reichsstadt genossen hatte, das Parlement der Freigrafschaft Burgund – ein Gerichtshof, der neben judikativen auch über weitreichende administrative Kompetenzen verfügte – von Dole nach Besançon verlegt werden sollte.

Die Arbeit zeigt, mit welchen Argumenten die Reichsstadt den geforderten Transfer des *Parlement* gegenüber den Räten Philipps zu begründen suchte. Grundlage hierfür bildete in erster Linie die Auswertung eines ausführlichen Berichts des Deputierten Pierre François Henry, den der Magistrat Besançons als Verhandlungsführer nach Brüssel und Madrid abgeordnet hatte. Darüber hinaus wurden diverse Denkschriften, die Henry an den beiden Höfen unter den Mitgliedern der königlichen Räte verbreitete, sowie im Rahmen der Verhandlungen angefertigten Verwaltungsakten (*Consultas*) analysiert. Die Auswertung dieser Quellen ergab, dass Besançon seine Forderung nach dem Erhalt des *Parlement* damit begründete, der Abtausch der Reichsstadt gegen Frankenthal sei eigentlich unrechtmässig gewesen. Henry zufolge verfügte Ferdinand I. als Kaiser lediglich über äusserst beschränkte Herrschaftsrechte über Besançon. Deshalb sei er nicht berechtigt gewesen, die volle Souveränität über die Stadt an Philipp IV. zu übertragen. Diesen Standpunkt untermauerte der Deputierte mit unterschiedlichen historischen und reichsrechtlichen Argumenten. So verortete er den Ursprung und damit auch die Unabhängigkeit seiner Heimatstadt in einer mythischen Urzeit, die der Gründung des Heiligen Römischen Reichs

deutlich vorausging – selbst dann, wenn man das Heilige Römische Reich im Sinne einer Translatio Imperii als Fortführung des antiken Imperium Romanum verstand. Besançon habe sich dem Römischen Reich freiwillig und nur unter der Bedingung angeschlossen, dass die althergebrachten Freiheiten der Stadt von den Kaisern weiterhin respektiert werden würden. Ferner griff Henry zeitgenössische Überlegungen zur Anwendbarkeit der Bodinschen Souveränitätslehre auf den Reichskontext auf. Dabei rekurrierte er insbesondere auf das von Reichspublizisten wie Johannes Althusius (1563–1638) und Christoph Besold (1577–1638) entwickelte Konzept einer sogenannten „dualen Souveränität“. Der Deputierte ging davon aus, dass die Souveränität im Reich primär bei den Reichsständen lag. Der Kaiser hingegen verfügte laut Henry in Gestalt einer *Majestas personalis* nur über einige wenige Souveränitätsrechte. Aus diesen Gründen sei Ferdinand I. nicht ermächtigt gewesen, die volle Souveränität über Besançon an Philipp IV. abzutreten. Dementsprechend müsse die Stadt Besançon für den Verlust ihrer Souveränitätsrechte, der mit der Eingliederung in die Katholische Monarchie einherging, zumindest durch den Erhalt des Parlement entschädigt werden.

Die Arbeit verdeutlicht, dass diese Legitimationsstrategie Besançons Parallelen zu den Argumentationsmustern aufweist, auf die andere Gemeinwesen Mitte des 17. Jahrhunderts in vergleichbaren „völkerrechtlichen“ Verhandlungen zurückgriffen. So zogen etwa die Republik Genua und die Eidgenössischen Orte vergleichbare Argumente heran, um ihre Herauslösung bzw. Exemption vom Reich zu rechtfertigen. Dementsprechend leistet die Arbeit über Besançon hinaus einen Beitrag zur Erforschung der Grundmuster reichsstädtischer und republikanischer Diskurse im 17. Jahrhundert.



Zwischen „Autarkie“ und „Grossraumwirtschaft“

Unorthodoxe Ideen im ökonomischen Denken der Schweiz, 1932 – 1945

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Die Masterarbeit untersucht die Rezeption ökonomischer Autarkieideen in der Schweiz während der 1930er Jahre und des Zweiten Weltkriegs. Vor dem Hintergrund der Desintegration des Welthandels wurde „Autarkie“ vielerorts zu einem populären wirtschaftspolitischen Schlagwort. Viele Staaten strebten nach grösserer wirtschaftlicher Selbstversorgung und im faschistischen Italien sowie im nationalsozialistischen Deutschland wurde Autarkie ein zentraler Punkt des Wirtschaftsprogramms. Gleichzeitig geriet der Schweizer Außenhandel durch die Clearingabkommen ab Mitte der 1930er Jahre zunehmend in den Einflussbereich der nationalsozialistischen Pläne zur Schaffung einer sogenannten Grossraumwirtschaft, eines autarken europäischen Wirtschaftsraums. Die Arbeit geht von der Hypothese aus, dass auch in der Schweizer Wirtschaftspolitik, obwohl sie traditionell am Freihandel und Multilateralismus orientiert war, Autarkieideen diskutiert und teilweise umgesetzt wurden.

Für die Untersuchung wurden einerseits anhand der Forschungsliteratur mehrere Autarkiephänomene untersucht. Zum Beispiel die Bestrebungen zur Steigerung des Getreideanbaus, die auf den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs beruhten und im Plan Wahlen gipfelten, oder die Initiativen zur Förderung des Konsums inländischer Produkte, wie die *Schweizer Woche* oder das *Schweizerische Ursprungszeichen*. Andererseits wurde mithilfe der Analyse von zeitgenössischen Zeitschriftenartikeln, Büchern und Denkschriften die Diskussion des Autarkiegedankens unter Schweizer Ökonomen und Ökonomen nachgezeichnet. Methodisch orientiert sich die Arbeit am wissenssoziologischen Denkstil-Konzept von Karl Mannheim und Ludwik Fleck, wonach die Autarkieidee als unorthodoxer ökonomischer Denkstil aufgefasst werden kann, der sich vor dem Hintergrund der Krise zunehmender Beliebtheit erfreute.

Dabei zeigt sich, dass die Autarkie von etablierten Schweizer Ökonomen wie William Rappard und Jürg Niehans oder dem aus Deutschland immigrierten Wilhelm Röpke dezidiert abgelehnt

wurde; primär, weil ihrer Ansicht nach in der Schweiz die geographischen Voraussetzungen zur Selbstversorgung fehlten und der Autarkiegedanke den etablierten wissenschaftlichen Kriterien nicht genügte. Dennoch gab es auch Ökonomen, die dem Autarkiegedanken positiv gegenüberstanden: etwa der spätere HSG-Professor Hans Bachmann, der unter dem Stichwort „Nationalwirtschaft“ mit diesem sympathisierte, oder der Freiburger Privatdozent Edgar Schorer, der den Autarkiegedanken aktiv propagierte und sich dabei auf Debatten bezog, die im nationalsozialistischen Deutschland bereits weit fortgeschritten waren.

Einen Höhepunkt erreichte die Diskussion, als die Schweiz ab dem Sommer 1940 vollständig von den Achsenmächten umgeben war und mit den nationalsozialistischen Plänen einer mehr oder weniger autarken europäischen „Grossraumwirtschaft“ konfrontiert war. Diese „übernationale Autarkie“ (Niehans) erschien den liberalen Ökonomen als Fremdkörper in der etablierten Wirtschaftstheorie. Nichtsdestotrotz prüften Bund und Wirtschaftswissenschaft pragmatisch die Rolle der Schweiz in einem möglicherweise dauerhaften „Neuen Europa“ unter deutscher Herrschaft. Zugleich lancierte der Bund unter Anleitung des Agronomen Friedrich Traugott Wahlen mit der „Anbauschlacht“ sein eigenes kriegswirtschaftliches Autarkieprogramm zur Steigerung der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln. Der Plan Wahlen diente zudem als Blaupause für die Landwirtschaftspolitik der Nachkriegszeit.

Die Arbeit nahm sich der Forschungslücke zur Bedeutung des Autarkiegedankens in der Schweiz an. Sie ist ein Beitrag zur Geschichte des ökonomischen Denkens in der Schweiz sowie der noch wenig beleuchteten Historiographie der Wirtschaftswissenschaften. Zudem erweitert sie die Forschung zur Rezeption der nationalsozialistischen Europaideen. Die Relevanz des Themas zeigt sich nicht nur in der Landwirtschaftspolitik, wo es unter dem Schlagwort der „Ernährungssicherheit“ bis heute nachwirkt, sondern auch in den regelmässig wiederkehrenden „Swissness“-Debat-

ten sowie in den aktuellen internationalen Autarkietendenzen, die nicht zuletzt von den Vereinig-

ten Staaten vorangetrieben werden.



Konradin Franzini

Der linke Sonderfall

Die Parteiengeschichte der Zuger Linken

Masterarbeit bei Dr. Juri Auderset

Viele Kantone in der Schweiz verfügen über eigene Parteiensysteme, so auch der Kanton Zug. Schweizweit einzigartig ist jedoch, dass eine Neue Linke Partei neben einer etablierten SP längerfristig zur stärksten linken Kraft werden konnte. Die Masterarbeit untersucht, weshalb in Zug eine starke Neue Linke Bewegung entstand und inwiefern dies mit der Positionierung und Aktivität der SP Zug zusammenhing. Auf der Grundlage einer Vermittlung von Perspektiven einer politischen Kulturgeschichte und der neueren Sozialgeschichte untersucht die Arbeit vier Thesen, um den linken Zuger „Sonderfall“ historisch zu erklären. Erstens konnte die Neue Linke mit einer dezidiert linken Agenda das nach 1968 entstehende alternative Milieu besser ansprechen als die traditionelle SP; zweitens gewann die Neue Linke durch einen aktiven Kommunikationsstil ein klares Profil; drittens verankerte sie sich durch ihre Zusammenarbeit mit neuen sozialen Bewegungen stärker in der Bevölkerung. Zusätzlich bildete die These, wonach die Zuger Entwicklung ein verzögertes Resultat einer westeuropäischen Entwicklung war, in der sich soziale Milieus und klassische Parteimilieus wandelten, einen Referenzrahmen. Zur Prüfung der Thesen wurden Protokolle, Diskussionspapiere, Parteipublikationen und Wahlmaterial analysiert. Ausgehend von den 68er-Bewegungen entstanden auch in Zug Jugendgruppen, die sich zunehmend politisierten. Teile davon traten in die SP ein, um diese zu einer sozialistischen Partei zu formen. Andere gründeten die Revolutionär Marxistischen Liga Zug (RML). Bei der Kommunikation zeigten sich früh Unterschiede zwischen den Parteien. Die SP setzte auf klassische Pressearbeit und klagte über mangelnde Sichtbarkeit. Die RML, welche sich auch von der Presse benachteiligt sah, erwirkte hingegen Sichtbarkeit über Initiativen, Referen-

den oder medienwirksame Aktionen. Anfangs der 1980er-Jahre thematisierte die RML, welche sich neu in Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) umbenannt hatte, immer stärker die Zuger Steuerpolitik und ihre globalen Auswirkungen. Diese internationale Perspektive wurde zu einem zentralen Programmpunkt und erhielt durch die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons besondere Relevanz. Die SAP positionierte sich damit früh als moralischer Gegenpol zur bürgerlichen Tiefsteuerpolitik, was auch auf mediales Interesse stiess. Die SP versuchte sich in den 1980er-Jahren zunehmend von den Gewerkschaften zu lösen und griff vermehrt postmaterielle Themen auf. Die Jugendbewegungen anfangs der 1980er-Jahre waren für die SAP ein wichtiger Wendepunkt. Während die nationale Parteileitung die „Proletarisierung“ beschloss, zeigte sich in den Jugendbewegungen ein grösseres Mobilisierungspotential. Elektoral erzielte die SAP zehn Jahre nach ihrer Gründung ihren ersten Wahlerfolg. Ihren Sitz im Zuger Stadtparlament sah die Partei primär als zusätzliche Plattform und verknüpfte diese mit ihrer ausserparlamentarischen Arbeit. Die Untersuchung zeigt, dass der SAP der elektorale Durchbruch erst durch ihre Öffnung hin zur Sozialistisch Grünen Alternative (SGA) 1986 und damit weg von der ideologisch geschlossenen Kaderstruktur gelang. Damit öffnete sich auch die SP gegenüber der SGA und die beiden Parteien näherten sich inhaltlich an. Ein entscheidender Unterschied zeigte sich aber nach wie vor bei wichtigen Abstimmungen, wo die SGA früh klare Akzente setzte, während die SP innerparteilich um eine Positionierung rang. Zusätzlich erhöhte die Zusammenarbeit mit lokalen Oppositionsgruppen ihr politisches Gewicht und führte schliesslich 1990 zum Einzug in die Kantonsregierung. Dies markiert zugleich den Wandel

von einer bewegungsnahen Oppositionskraft zur institutionell eingebundenen Partei, ohne dabei ihre Wurzeln in den Bewegungen aufzugeben. In den 1990er-Jahren wurde die SGA der SP elektoral ebenbürtig, wenngleich eine konservative Gegenbewegung das politische Umfeld rauer machte. Während die SP 1995 mit dem Gewinn eines Nationalratssitzes noch einmal Stärke zeigen konnte, ging der elektorale Erfolg ab den 2000er-Jahren klar zugunsten der SGA. In der Analyse zeigt sich, dass der Zuger Sonderfall weder auf einen einzelnen Faktor zurückzuführen ist, noch isoliert von übergeordneten gesellschaftlichen Entwicklungen

betrachtet werden kann. Vielmehr entwickelte sich die Neue Linke in Zug im Spannungsfeld struktureller, kultureller und politischer Veränderungen, die ab den 1970er-Jahren zusammenwirkten. Die Geschichte der Zuger Linken wurde bislang fast ausschliesslich von direkt beteiligten Akteur:innen aufgearbeitet. Die Masterarbeit leistet einen ersten Beitrag, um diese Forschungslücke zu schliessen und eröffnet gleichzeitig weiterführende Forschungsperspektiven, beispielsweise die systematische Untersuchung neuer linker Parteien in der Schweiz.



Simon Martin Friedli

Fiktionale Vergangenheiten erforschen und erzählen

Fan-Historiografie zu Elden Ring zwischen Spiel und Wissenschaft

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Diese Masterarbeit befasst sich mit der Frage, wie Geschichte in digitalen Spielen nicht nur in Form von historischem Wissen, sondern als Disziplin und Praxis präsent ist und wie Spieler:innen um digitale Spiele historiografische Diskurse reproduzieren.

Im Zentrum steht mit *Elden Ring* (2022) ein Spiel, das nicht die reale Vergangenheit abbildet, sondern eine fiktionale Welt. Die Darstellung einer fiktionalen Vergangenheit in *Elden Ring* hat für das Interesse dieser Arbeit gegenüber Darstellungen der realen Vergangenheit in Spielen wie *Assassin's Creed* und *Kingdom Come* den Vorteil, dass sie nicht auf bereits vorhandener und zugänglicher Forschung basiert, an welcher die Darstellung im Spiel gemessen wird, sondern das Spiel selbst die primäre Vermittlungsinstanz ist: Wer die (fiktionale) Vergangenheit erforschen will, kann dies nur dort tun. *Elden Ring* bietet sich als Untersuchungsobjekt an, weil die dargestellte Welt stark in ihrer Vergangenheit verankert ist, Spieler:innen, die ihre eigene Aufgabe in der Spielwelt ergründen wollen, müssen ihren Blick notwendigerweise auf diese Vergangenheit richten. Gleichzeitig gibt die Welt Informationen nur spärlich und in Form von verstreuten Fragmenten preis, die man ohne Anleitung oder Unterstützung vonseiten des

Spiels zusammensetzen muss. Die Erforschung der Vergangenheit sowohl in Bezug auf Methode als auch Inhalt liegt also ganz in den Händen der Spieler:innen, wobei bei *Elden Ring* eine grosse Community existiert, die sich dieser Aufgabe widmet. Aufbauend auf der Forschung von Nick Webber und Charlotte E. Stevens werden diese als Fan-Historiker:innen bezeichnet. Um Lücken in ihrem Wissensstand zu füllen oder eigene Beobachtungen zu teilen, treten Fan-Historiker:innen online in eine kollektive Partizipation ein, welche auf mehreren Ebenen stattfindet und verschiedene Formen an Outputs erzeugt, welche von Posts in Diskussionsforen bis zu mehrstündigen, aufwändig produzierten Videos auf Youtube reichen. Eine thematisch verbundene Auswahl dieser Outputs stellen die Quellengrundlage der Arbeit dar.

Hauptziel dieser experimentellen Arbeit, die Ansätze aus der Geschichtstheorie, den historischen Game Studies und den Erzähl- und Medienwissenschaften kombiniert, ist es, diese Fan-Historiografie in Breite und Tiefe abzubilden. Auf Basis der Kernthese, dass es sich dabei um einen historischen Diskurs in der Form, aber nicht im Inhalt handelt, wird durch eine qualitative und vergleichende Analyse der Quellen aufgezeigt, dass die Fan-Historiker:innen, obwohl das Subjekt

nicht die reale Vergangenheit ist, ein Verständnis von Themen wie Quellenkritik, Argumentation/ Interpretation/Spekulation, Thesenbildung und Emplotment haben, welche sie untereinander verhandeln. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Rolle von Narrativität bei der Produktion der Outputs in Videoform. Geschichte wird hier nicht nur dargestellt, sondern die Quellenfragmente werden eingeordnet und verknüpft, um sinnstiftende Erzählungen zu generieren. Damit unterstreicht das Untersuchungsfeld die von Hayden White erforschte universale Präsenz von Narrativität in der Darstellung von Geschehenem.

Daneben werden auch die sozialen Dynamiken innerhalb dieser Fan-Historiografie kritisch betrachtet. Es wird gezeigt, wie einige Fan-Historiker:innen durch ihre Outputs grosse Reichweite und Rezeption erlangen und dadurch zu Autoritäten im Feld werden, die den Diskurs mit ihren Stimmen stark prägen. Aufgrund des Hobby-Charakters des Diskurses fehlt allerdings insgesamt der institutionelle Rahmen, um etwa Autorschaft zu etablieren oder Plagiate zu sanktionieren, weshalb Wissen und Thesen nicht konsequent als Produkte der historischen Arbeit von Individuen wahrgenommen werden, sondern auch als autorlose Konstanten.

Separat wird als zweite Kernthese betrachtet,

dass es sich beim Untersuchungsfeld teilweise auch um einen historischen Diskurs in der Form, aber nicht im Inhalt handelt: Eine kleinere Untergruppe der Quellen betrachtet die fiktionale Vergangenheit als beabsichtigtes Spiegelbild der realen Vergangenheit und verwendet Bezüge auf echte historische Ereignisse, um die fiktionalen Quellen zu erklären und zu erweitern. Hier lässt sich eine sehr interessante Umkehrung von Whites Narrativitätstheorie beobachten: Statt dass Fiktion verwendet wird, um der Geschichte Kohärenz zu verleihen, wird hier der fiktionalen Erzählung durch Appelle an die reale Vergangenheit Sinnstiftung verliehen. Dabei musste aber auch festgestellt werden, dass die jeweiligen Quellen mit dem realen historischen Wissen intransparent umgehen und nur populäre bis überholte Geschichtsbilder wiedergeben.

Insgesamt zeigt die Arbeit das Potenzial des Untersuchungsfelds als einen Ort, in dem im digitalen Raum eine Auseinandersetzung mit Geschichte stattfindet, der von der konventionellen Geschichtsforschung bislang unbeachtet blieb, auf. Das gesteckte Ziel erwies sich allerdings als zu gross, weshalb viele Aspekte schlussendlich nicht im gewünschten Detailgrad behandelt werden konnten.



Anna Katharina Funk

Health Activism in the Philippines: the Medical Action Group (1982–2000)

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Gerlach

In jüngster Zeit wurde das Verhältnis von Expertise und Aktivismus kontrovers in der Öffentlichkeit diskutiert. Welche Rolle sollten Expert:innen und Wissenschaftler:innen in politischen Debatten spielen? Haben Expert:innen eine Verantwortung, sich für gesellschaftspolitische Anliegen einzusetzen, oder verlieren sie durch Aktivismus ihren Status als Expert:innen? Wo verläuft die Grenze zwischen Wissenschaft und Aktivismus? Eine geschichtswissenschaftliche Arbeit kann keine Antworten auf diese normativen Fragen liefern, aber sie kann aufzeigen, wie andere Menschen diese Fragen in der Vergangenheit für sich beant-

wortet haben.

Die Masterarbeit befasst sich mit der Medical Action Group (MAG), einer philippinischen Menschenrechtsorganisation, die 1982 von Personen aus dem Gesundheitsbereich gegründet wurde. Die MAG nahm früh Kontakt zu solidarischen Organisationen im In- und Ausland auf und setzte sich auf nationaler und transnationaler Ebene für gesundheitspolitische Themen, Menschenrechte und gegen Nukleartechnologien ein. Die Untersuchung lehnt sich an Forschungen zu Menschenrechtsorganisationen und zu transnationalem berufsspezifischem Aktivismus an, in de-

nen bislang die 1990er Jahre und Initiativen aus nicht-westlichen Ländern wenig beachtet wurden. Die Fragestellung lautet: Wie begründeten die Mitglieder der MAG ihren transnationalen berufsspezifischen Aktivismus? Mit Blick auf Kontakte, Ideen und Aktivitäten bezieht die Masterarbeit die Forschungsfrage auf zwei zentrale Themenfelder der MAG: gewalttätige politische Konflikte und Nukleartechnologien. Methodisch ist die Arbeit in der Ideen- und transnationalen Geschichte zu verorten.

Das Quellenmaterial setzt sich überwiegend aus Magazinen, Berichten, Konferenzbeiträgen, Korrespondenz, Publikationen und Interviews zusammen. Das private Archiv der MAG wurde bei einer Flut zerstört, weshalb das Archivmaterial aus den Beständen verschiedener NGOs in diversen öffentlichen und privaten Archiven stammt, die mit der MAG im Austausch standen. Folglich handelt es sich bei den Quellen überwiegend um Dokumente, die die MAG mit anderen Organisationen teilte. Die Überlieferung ist fragmentarisch und bildet hauptsächlich die Sichtweisen von Personen ab, die in der MAG Führungs- oder Angestelltenpositionen einnahmen. Aufgrund der Verfügbarkeit des Quellenmaterials umfasst der Untersuchungszeitraum die Jahre 1982 bis 2000.

Die MAG war transnational vernetzt und stand in Kontakt mit berufsspezifischen NGOs sowie Menschenrechtsorganisationen, deren Spenden, Solidaritätsarbeit, wissenschaftliche Expertise und öffentliches Ansehen die MAG unterstützten. Zugleich hatte die transnationale Zusammenarbeit Grenzen, da die MAG vornehmlich auf nationaler Ebene aktiv war, einige Mitglieder Differenzen zu westlichen Organisationen empfanden und die Zusammenarbeit mit Organisationen aus Südamerika, Afrika und Asien nur punktuell war. Die

Mitglieder der MAG begründeten ihren Aktivismus auf vielfältige Weise und gingen dabei über berufsbezogene Argumente hinaus. Als Organisation mit einer berufsspezifischen Ausrichtung verwies die MAG zwar auf die medizinische Expertise und eine besondere ethische Verpflichtung von Gesundheitspersonal. Zudem hatte die MAG eine ambivalente Haltung gegenüber dem sozialen Status von Ärzt:innen, da sie einerseits ärztlichen Elitarismus kritisierte und andererseits das soziale Ansehen von Ärzt:innen als geeignete Grundlage für soziales Engagement betrachtete. Neben solchen berufsbezogenen Überlegungen verwiesen die Mitglieder der MAG allerdings auf eine Vielzahl von politischen, ethischen und persönlichen Motiven, die ihr Engagement bestimmten. Als Menschenrechtsorganisation war die MAG Teil eines Netzwerks anderer, nicht-berufsspezifischer NGOs auf den Philippinen, mit denen sie kooperierte, ohne sich mit Verweis auf professionelle Grenzen von ihnen zu distanzieren. Die MAG beschränkte sich nicht nur auf medizinische Themen und Aktivitäten, sondern befasste sich auch mit politischen Rechten und engagierte sich für nationale Souveränität. Schlechte Gesundheit betrachtete die MAG als sozioökonomisch bedingt und übte Kritik am politischen System. Die MAG verstand sich offen als politische Organisation und lehnte politische Neutralität ab. Zudem prägten individuelle Erfahrungen von Armut, schlechter Gesundheit und politischer Repression den Aktivismus einiger Mitglieder der MAG. Indem die Masterarbeit anhand der MAG auf die Vielfalt der Begründungen für aktivistisches Engagement von Expert:innen hinweist, leistet sie einen Beitrag zur bestehenden Forschung über berufsspezifischen Aktivismus, in der bislang vor allem berufsbezogene Argumente im Vordergrund standen.



Die Vermessung des hygienischen Subjekts

Zur Quantifizierung hygienischen Wissens in der Schweiz, 1864–1914

Masterarbeit bei Dr. Juri Auderset

Statistik und Hygiene wurden in der geschichtswissenschaftlichen Forschung bisher weitgehend getrennt voneinander betrachtet. Dieser Umstand überrascht insbesondere, weil beide Disziplinen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen Institutionalisierungs- und Professionalisierungsprozess durchschritten und zu gesellschaftlich wichtigen Wissenschaften avancierten. Dass die Geschichte der Hygiene und der Statistik sowohl personell als auch epistemisch eng verflochten ist, stellt die Ausgangsbeobachtung der Masterarbeit dar. Die wissens- und kulturhistorische Arbeit geht der Frage nach, auf welche Weise quantifizierende und statistische Verfahren in der Produktion und Vermittlung von hygienischem Wissen eingesetzt wurden und welche Einflüsse sie auf die gesellschaftliche Konstruktion des „Normalen“ hatten.

Durch die Bevölkerungsansammlungen in den Städten und die ungesunden Lebensverhältnisse im Zuge der Industrialisierung wurde, so die These, das hygienische Subjekt zum Problem erklärt und quantitativ vermessen. Ausgestattet mit der Autorität statistischer Evidenz und Objektivität produzierten statistisch bewandte und hygienisch engagierte Ärzte vorwiegend deskriptive Statistiken in Form von Zahlen und Tabellen, um die Gesellschaft „lesbar“ zu machen (James C. Scott). Mit dem statistischen „Tatsachenblick“, der zwischen Wichtigem und Unwichtigem selektionierte und gleichzeitig blinde Flecken produzierte, wurden immerzu auch kulturelle Normerwartungen an das hygienische Subjekt geschaffen. Indem Hygiene diskursiv an Produktivität geknüpft wurde, entfaltete die Quantifizierung ihr disziplinierendes Potential.

Anhand von vier Schauplätzen hygienischer und statistischer Wissensproduktion – der Schulhygiene, der Tuberkulosestatistik, der Militärhygiene und der Impfstatistik – wird aufgezeigt, wie die beiden Disziplinen interagierten und voneinander profitierten. Grundlage der Analyse bildet ein vielseitiges Quellenkorpus aus Fachzeitschriften wie beispielsweise die *Blätter für Gesundheitspflege* und die *Zeitschrift für schwei-*

zerische Statistik, wissenschaftliche Monografien, Lexika, Kongress- und Tagungsberichte, populärwissenschaftliche „Belehrungsblätter“ und Akten aus der Abteilung Sanitätswesens des Eidgenössischen Departements des Inneren, des Eidgenössischen Militärdepartements und des Bundesamts für Statistik im Bundesarchiv sowie Archivalien aus der Hygienekommission der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft im Schweizerischen Sozialarchiv.

Im Feld der Schulhygiene wird anhand des Statistikers und Hygienikers Louis Guillaume aufgezeigt, wie mittels quantitativer Nachweise die These gestützt wurde, dass die Schule krank mache, und wie darauf aufbauend schulpolitische Massnahmen gefordert und legitimiert wurden. Wie alle Hygieniker versuchte er unermüdlich seine Inhalte in die Politik zu tragen. Sie bewegten sich in unterschiedlichen Arenen: In wissenschaftlichen Gesellschaften, als Autoren in Fachzeitschriften und an internationalen Kongressen. Selbst bei jenen statistischen Verknüpfungen, die bereits damals als zu waghalsig kritisiert wurden, blieb ihr Anspruch auf gesellschaftliche Deutungshoheit bestehen. Denn die Statistik wurde als Fortschritt angesehen und lieferte gleich selbst eine Methode, ebendiesen zu quantifizieren.

Breit angelegte statistische Untersuchungen in den 1860er-Jahren sollten helfen, Erkenntnisse über die Verbreitung der Tuberkulose zu sammeln, bevor Robert Koch 1882 das Tuberkulosebakterium entdeckte. Auch hier drohte den Akteuren die Gefahr von Scheinzusammenhängen und einer einseitigen Auslegung der Ergebnisse. Dies zeigte sich beispielsweise in der Bestätigung der ohnehin schon dominanten These einer immunisierenden Wirkung von höheren geografischen Lagen, was den alpinen Kurorten für die zeitgenössisch als „Lungenschwindsucht“ bezeichnete Krankheit weiter Aufschub gab. Bei der Behandlung der Lungenschwindsüchtigen spielten auch volkswirtschaftliche Überlegungen eine Rolle, indem Anspruch auf Heilung statistisch an Aussicht auf Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit geknüpft

wurde. Die Erhebungen zur Tuberkulose resultierten allerdings oft in Konsternation über mangelnde und mangelhafte Daten, weil sich die lokalen Ärzte nur teilweise für das Unterfangen gewinnen liessen.

Dass die Geschichte der Statistik konfliktgeladen ist, zeigt sich auch bei der Militärhygiene und der Impfstatistik. Während militärhygienische Massnahmen hauptsächlich zur Erhaltung der „Wehrkraft“ dienten, wurden die Daten aus den Rekrutenuntersuchungen auch verwendet, um statistische Aussagen über die „Volkskraft“ zu ziehen. Weil die Daten von den Militärärzten spezifisch für die Tauglichkeitsprüfung der männlichen Soldaten erhoben, davon ausgehend aber auf die zivile Gesamtbevölkerung geschlossen wurde,

hatte dies nicht nur einen normierenden Effekt, sondern führte auch zu einer Auseinandersetzung zwischen den Militärärzten und dem Eidgenössischen Statistischen Bureau über den Zweck der Militärstatistik. Im Fall der Impfstatistik verwendete im Zuge der aufgeladenen Diskussionen rund um die Einführung eines nationalen Impfbobligatoriums 1882 sowohl die impfkritische als auch die impfbefürwortende Seite Statistiken zur Vermittlung und Legitimierung ihrer jeweiligen Anliegen. In polemischer Weise warfen sie sich gegenseitig statistische Unkenntnis vor – über das statistische Werkzeug waren sie sich aber einig. Die Auseinandersetzung spielte sich innerhalb des statistischen Paradigmas ab.



Benjamin Gunzinger

„Arme Kranke“ mit „zu verurteilendem Laster“?

Die Suchtgeschichte der ersten Morphinabhängigen im Burghölzli

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Nachdem zu Beginn des 19. Jahrhunderts erstmals Morphin aus Opium isoliert worden war, setzte sich der Wirkstoff insbesondere mit der Verbreitung der Spritze ab Mitte des Jahrhunderts als wichtiges Schmerzmittel durch. Nach einer anfänglichen Euphorie geriet ab den 1870er-Jahren vermehrt das Phänomen des „Morphinismus“, also der Abhängigkeit von Morphin, in den Fokus. Auch in der Zürcher psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalt Burghölzli wurden ab den späten 1870er-Jahren „Morphinisten“ und „Morphinistinnen“ behandelt, deren Krankenakten bis ins Jahr 1904 das Quellenkorpus für diese Masterarbeit bilden. Auf Grundlage von 38 darin enthaltenen Krankengeschichten – und unter Berücksichtigung ihres institutionalisierten Entstehungskontexts – untersucht die Arbeit die Suchtgeschichte der Morphinistinnen und Morphinisten im späten 19. Jahrhundert. Sie stellt die Abhängigen und ihre Lebenssituation ins Zentrum und untersucht explizit auch den Teil ihrer Suchtgeschichte, der sich bereits ausserhalb der psychiatrischen Anstalt abspielte. Zusätzlich beleuchtet sie die Entzugspraxis im Burghölzli unter dem Psychiater August-

te Forel sowie, wie die Abhängigen ihren in der Regel zwei- bis dreimonatigen Entzugsaufenthalt meisterten. Ein kurzer Ausblick auf den Verlauf der Suchtgeschichte nach der Behandlung im Burghölzli schliesst die Arbeit ab.

Die grosse Mehrheit der untersuchten Abhängigen begann Morphin aus medizinischen Gründen zu nutzen, teilweise eigenmächtig, oft aber auch ärztlich verschrieben. Daneben lässt sich eine kleine Konsumgruppe feststellen, die das Opiat zur Steigerung der beruflichen Leistung oder zur Stärkung der Nerven einsetzte. Insgesamt lässt sich festhalten, dass im Untersuchungszeitraum Morphin einen hohen medizinischen Stellenwert hatte, dass aber auch Laien hohe Erwartungen an den Wirkstoff sowie Wissen um seine Anwendung hatten. Morphinabhängigkeit trat vermehrt auf und war entsprechend auch Gegenstand gesellschaftlicher Debatten. In diesen bestanden verschiedene Deutungsangebote, mit denen Abhängige als lasterbehafte Gefahr oder aber als hilfsbedürftige Kranke verstanden werden konnten.

Die Suchtgeschichte der untersuchten Abhängigen konnte sehr unterschiedlich verlaufen.

Während der Morphinkonsum in einigen Fällen die ökonomische und soziale Existenz der Betroffenen gefährdete, lassen sich auch langjährige Konsumenten und Konsumentinnen feststellen, die weiterhin ihren beruflichen Tätigkeiten nachgingen. Den Weg in die Anstalt leitete oftmals das persönliche Umfeld der Abhängigen ein, das deren Konsum registrierte und problematisierte und sodann zur Moderation animierte oder –vielfach über einen Hausarzt – den Kontakt mit der psychiatrischen Anstalt einleitete. Vor dem Eintritt ins Burghölzli erfolgten teilweise Aufenthalte in anderen Anstalten oder Entzugsversuche zuhause mit kommerziell vermarkteten Hilfsprodukten.

Die Behandlung des Morphinismus im Burghölzli war im Untersuchungszeitraum stark durch den Psychiater Auguste Forel geprägt, der Hypnose als Behandlungsmethode einsetzte und vor dem Hintergrund seiner eugenischen Vorstellungen auch grossen Wert auf eine totale und lebenslange Abstinenz legte. Obwohl der eigentliche Entzug im Burghölzli oft innerhalb weniger Wochen vollzogen war, dauerte der Aufenthalt vieler Abhängiger mehrere Monate bis hin zu ei-

nem halben Jahr. In dieser zweiten Entzugsphase ging es darum, die Lebensführung der Betroffenen wieder an bürgerliche Erwartungen anzupassen. Ihr Alltag gestaltete sich wesentlich weniger abgeschottet und Ausgänge, Besuche sowie Arbeiten für die Anstalt oder im privaten Rahmen waren möglich. Wie lange die entzogenen Morphinabhängigen im einzelnen Fall noch im Burghölzli blieben, hing einerseits von ihrem Verhalten und andererseits stark von ihren Angehörigen ab, die oft grossen Einfluss auf den Austrittszeitpunkt hatten. Obwohl zumindest formal alle Abhängigen freiwillig ins Burghölzli eintraten, wurden durch diese Praxis uneinsichtige Patienten oder Patientinnen teilweise über längere Zeit gegen ihren Willen in der Anstalt festgehalten. Demgegenüber muss allerdings betont werden, dass viele Abhängige ihre Sucht selbst ebenfalls als Problem und den Entzug im Burghölzli als willkommene Hilfe wahrnahmen. Trotz der diesbezüglich schwierigen Quellenlage präsentiert die Arbeit denn auch Indizien dafür, dass Forels Entzugsmethode durchaus mittelfristige Erfolge verbuchen konnte.



Severin Henzi

Die Schweiz und die Gründung des Deutschen Reiches 1871

Diplomatische Reaktionen, öffentliche Meinung und Auswirkungen auf die Neutralitätspolitik

Masterarbeit bei PD Dr. Carl Alexander Krethlow

Diese Masterarbeit untersucht, wie Staat und Öffentlichkeit der Schweiz auf den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, sowie die Reichsgründung 1871 reagierten und welche Folgen diese Ereignisse für die Schweizer Neutralitätspolitik hatten. Ausgangspunkt ist die Frage, inwiefern die Kriegserfahrung und das Entstehen einer neuen Grossmacht in unmittelbarer Nachbarschaft Handlungsspielräume, Wahrnehmung und das Selbstbild der Schweiz veränderten. Methodisch verknüpft die Arbeit eine politikgeschichtliche Analyse von Bundesratsprotokollen, diplomatischen Akten und Militärberichten mit einer diskursanalytischen Auswertung zeitgenössischer Zeitungen aus verschiedenen politischen, konfessionellen und kulturellen Milieus. Somit werden

Entscheidungsprozesse der „high politics“ und deren Resonanz in der Öffentlichkeit aufgezeigt.

Die Schweizer Regierung machte nach Kriegsausbruch im Sommer 1870 eine Politik der kontrollierten Flexibilität und verband in der Neutralität militärische Abschreckung, diplomatische Berechenbarkeit und humanitäres Engagement. Die Internierung der Bourbaki-Armee im Winter 1870/71 erwies sich als logistischer Kraftakt, der den internationalen Ruf der Schweiz als moralische Instanz festigte und zugleich den inneren Zusammenhalt stärkte. Die heterogenen Sympathien und Meinungen in der Schweizer Öffentlichkeit und deren Wandel über den Verlauf der Ereignisse von 1870/71 erforderte eine Besinnung auf gemeinsame Prinzipien und Werte, um eine nationa-

le Einheit zu schaffen.

Aus dieser Bewährungsprobe erwachsen zum einen Chancen, wie ein klar definierter Ansprechpartner in Berlin, Zusammenarbeit in grossen Infrastrukturprojekten wie dem Gotthardtunnel und ein grosser Absatz- und Beschaffungsmarkt für die Schweizer Wirtschaft. Andererseits entstanden durch die Deutsche Reichsgründung zu einem mächtigen Nationalstaat Risiken, wie die zunehmende ökonomische Abhängigkeit oder die latente Bedrohung durch eine militärische Grossmacht. Innenpolitisch reagierte die Schweiz mit der Verfassungsrevision 1874, welche die Bundeskompetenzen im Militär- und Finanzwesen ausbaute und damit die Grundlage einer aktiven Neutralität institutionalisierte.

Die Arbeit argumentiert, dass der Deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung als Katalysator für ein neues schweizerisches Selbstverständnis wirkte. Die eidgenössische Neutralität entwickelte sich vom passiven „Stillesitzen“ zu einer aktiven Politik. Diese veränderte Grundhaltung verankerte die Neutralität im nationalen Selbstverständnis und führte die Schweiz zu ihrer Rolle als Vermittlerin der „guten Dienste“. Die Untersuchung soll aufzeigen, wie ein neutraler Kleinstaat wie die Schweiz durch pragmatische Anpassungsfähigkeit im politischen Kontext der europäischen Grossmächte handlungsfähig blieb und durch die Krisen im Ausland ein innenpolitischer Zusammenhalt entstehen konnte.



Lelia Ischi

Was tun mit dem neuen Russland?

Die Neuausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik gegenüber der Russischen Föderation nach Auflösung der Sowjetunion, 1991 – 1994

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sacha Zala

Im Winter 1991 überschlugen sich die Ereignisse: Die Sowjetunion wurde aufgelöst, neue Völkerrechtssubjekte entstanden und die geopolitische Realität des Kalten Krieges erodierte. In dieser Situation musste sich auch die Schweiz aussen- und sicherheitspolitisch neu orientieren. Sie gehörte – untypischerweise – zu den ersten „westlichen“ Staaten, die die postsowjetischen Nachfolgestaaten anerkannten.

Unter diesen jungen Staaten befand sich auch die Russische Föderation. Die neuen schweizerisch-russischen Beziehungen stellten die Schweiz vor völkerrechtliche, bilaterale, multilaterale sowie ökonomische und sicherheitspolitische Fragenkomplexe. Den Überlegungen zur Rekalisierung der Beziehungen lag jedoch stets ein bestimmtes Russlandbild zugrunde: Wie viel von der Sowjetunion steckte aus ihrer Sicht noch in diesem neuen Staatsgebilde? Wie föderal ist die Russische Föderation tatsächlich? Ist sie ein Rechtsstaat? Wie schnell würde und müsste sie sich politisch und ökonomisch entwickeln? Ist Russland weiterhin ein Imperium und eine Ordnungsmacht – in

Europa oder Eurasien? Stellt Russland eine Gefahr für die Schweiz dar?

Diese Fragen lassen sich auf eine Perzeptionsproblematik kondensieren: Was war dieses neue Russland aus Sicht der Akteur:innen der Schweizer Aussenpolitik in den frühen 1990er Jahren – und wie sollte man ihrer Meinung nach die Beziehungen zu ihm gestalten?

Die Arbeit schliesst sowohl eine thematische als auch methodische Forschungslücke: Erstens fällt der Forschungsstand zu den schweizerisch-russischen Beziehungen nach dem Ende der Sowjetunion dürftig aus. Zweitens sind in der Forschung zur Geschichte der Schweizer Aussenpolitik Analysen, die explizit Wahrnehmungen, Deutungsrahmen, Weltbilder oder Narrative als Erklärungsansätze für Situationsdefinitionen in Bundesverwaltung und Diplomatie beiziehen, äusserst rar.

Methodisch verbindet die Arbeit eine klassische diplomatiegeschichtliche Perspektive mit diskursanalytischen Elementen. Angelehnt an ein sozialkonstruktivistisches Paradigma der Aussen-

politik-Analyse werden akteurszentriert Rollen, Perzeptionen und Ressourcen identifiziert, die einen Einfluss auf die Informationsbeschaffung und Situationsdefinition bezüglich Russlands hatten. Dazu zählen in erster Linie Diplomaten:innen und Beamte der schweizerischen Botschaft in Moskau, des Politischen Sekretariats im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern und anderen Amtsstellen des EDA, die sich im untersuchten Zeitraum 1991 bis 1994 mit Russland beschäftigten. Für die Analyse sicherheitspolitischer Perzeptionen werden zudem die Deutungsrahmen des EDA und des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD, heute VBS) verglichen. Grundlage der Untersuchung bilden die entsprechenden Bestände des EDA und des EMD im Schweizerischen Bundesarchiv, wovon nach Ablauf der gesetzlichen Schutzfrist von 30 Jahren 98 Dossiers ausgewertet wurden. Diese Akten werden primär als Ausdruck von Deutungen, Wahrnehmungen und administrativen Routinen gelesen und nicht als unmittelbare Abbildung politischer Realität. Ergänzend wurden zwei Hintergrundgespräche mit damals beteiligten Akteur:innen – alt Botschafterin Heidi Tagliavini und alt Bundeskanzler Walter Thurnherr – durchgeführt. Diese Gespräche werden nicht als Oral-History-Quellen, sondern als kontextualisierende Sekundärquellen zurückhaltend eingesetzt, um die interpretatorische Dominanz der schriftlichen Überlieferung nicht zu beeinträchtigen.

Die Arbeit zeigt, dass die Neuausrichtung der Schweizer Aussenpolitik gegenüber der jungen Russischen Föderation in den ersten drei Jahren nach der Auflösung der Sowjetunion weder linear verlief noch zu einer kohärenten Russlandpolitik

führte. Dies lag insbesondere an tiefliegenden Widersprüchen unter den beteiligten Akteur:innen – innerhalb einzelner Positionen als auch zwischen den Akteur:innen und unter den Abteilungen. Mit der konzeptuellen Annäherung der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik seit 1990 kamen weitere divergierende Positionen aus dem EMD hinzu. Diese Ambivalenzen wurzelten in unterschiedlichen Russlandperzeptionen, welche die Einschätzungen der aussen- und sicherheitspolitischen Lage prägten. Weil diese divergierten, entstand kein Konsens über den Umgang mit dem neuen Russland. Besonders deutlich wurde dies im multilateralen und sicherheitspolitischen Kontext: Die Schweizer Position bewegte sich stets im Spannungsfeld zwischen wertebasierter Aussenpolitik und pragmatischer sicherheitspolitischer Einbindung, etwa in Debatten über die Aufnahme Russlands in den Europarat oder über dessen Rolle in seinem „nahen Ausland“. Insbesondere bei letzterem zeigt sich, dass sich die unterschiedlichen Logiken und sicherheitspolitischen Prioritäten der Schweizer Akteur:innen auch in den Russlandbildern niederschlugen und dass trotz der zunehmenden Interdependenz aussen- und sicherheitspolitischer Fragestellungen, der im Jahr 1990 in einem bundesrätlichen Grundlagenpapier Rechnung getragen wurde, in der Praxis nach wie vor eine kognitive Distanz zwischen den massgeblichen Akteur:innen des EDA und des EMD herrschte.

Demnächst wird in den *Saggi di Dodis – Schweizerische Zeitschrift zur Geschichte der internationalen Beziehungen* ein auf den Ergebnissen dieser Masterarbeit basierender Artikel publiziert.



Inszenierte Zustimmung: Eine Analyse der Volkskammerwahlen in der DDR von 1950 bis 1963 zwischen politischer Kontrolle und Bürger:innenpartizipation

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christof Dejung

Obwohl die Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der Deutschen Demokratischen Republik die Form einer Parteidiktatur hatte, führte das Regime alle vier Jahre Wahlen durch – die sogenannten Volkskammerwahlen. Der Bevölkerung stand dabei eine Einheitsliste zur Wahl, die sie annehmen oder ablehnen konnte. Wer nicht zur Wahl erschien oder geheim wählte, musste mit Konsequenzen rechnen. Weshalb führte die SED überhaupt Wahlen durch? Welche Funktionen erfüllten die Wahlen in der DDR? Und wie konnte ein so offensichtlich autoritäres Wahlsystem fast vierzig Jahre lang funktionieren?

Diesen Fragen wurde in der Masterarbeit nachgegangen, in der anhand der Wahlfrage (Bedeutung, Funktion, Rolle der Wahlen) untersucht wurde, auf welche Art und Weise die SED versuchte, ihre Macht in der DDR zu sichern. Gegenstand der Arbeit waren ausgewählte Sitzungsprotokolle des Politbüros des Zentralkomitees (ZK) der SED, Zeitungsartikel der Zeitung „Neues Deutschland“, die in der Woche des Wahltages erschienen waren und Dokumente des Ministeriums für Staatssicherheit, die die Volkskammerwahl erwähnten. Diese Quellen wurden zuerst nacheinander für die ersten vier Volkskammerwahlen (1950, 1954, 1958 und 1963) qualitativ und quantitativ analysiert und anschliessend in einem vergleichenden Ansatz einander gegenübergestellt. Dadurch konnten zeitliche Veränderungen und Kontinuitäten hervorgehoben werden. Punktuell wurde auch mit einer semiotischen Methode (nach Charles Sanders Peirce) gearbeitet, um Symbole, die die SED im Kontext der Wahlen verwendete, zu interpretieren.

Die Arbeit hob hervor, dass die ersten vier Volkskammerwahlen ein Probefeld für die SED darstellten, auf dem sie versuchte herauszufinden durch welche Massnahmen sie zu einem möglichst hohen Ergebnis für die Nationale Front (Zu-

sammenschluss aller zugelassenen Parteien und Massenorganisationen) gelangen konnte. Deshalb kamen in der Vorbereitung, Durchführung und Überwachung der Volkskammerwahlen 1950 bis 1963 mehrere neue Elemente hinzu (z. B. Rechenschaftsablegungen der ehemaligen Volkskammermitglieder) während andere verschwanden (z. B. Aufrufe zum offenen Wählen). Ausserdem wurde die Arbeit rund um die Volkskammerwahl von 1950 bis 1963 zentralisierter (die meisten Aufgaben fielen höheren Mitgliedern der SED zu) und einheitlicher.

Insgesamt wurden vier übergeordnete Funktionen herausgearbeitet, die die Volkskammerwahlen im Herrschaftssystem der SED erfüllten. Die Wahlen dienten erstens der politischen Legitimation nach innen und aussen. Da die DDR von Ländern mit gewählten Regierungen umgeben war, musste auch die SED beweisen, dass ihre Macht durch die Bevölkerung legitimiert war. Eine zweite Funktion wurde bereits von anderen Historiker:innen (z. B. Michael Kloth) herausgearbeitet und in dieser Masterarbeit noch weiter ausdifferenziert: Die Volkskammerwahlen dienten der Mobilisierung und ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung. Sie sollten im jungen Staat Einheit schaffen und Vertrauen zwischen Bürger:in und Parlamentarier:in herstellen. Ausserdem passte die SED die Beeinflussung der Bevölkerung an den jeweiligen politischen Kontext des Wahljahres an. Von 1950 bis 1963 versuchte die SED zum Beispiel in den Artikeln der Zeitung „Neues Deutschland“ das Feindbild der Bundesrepublik Deutschland auszubauen und im Bewusstsein der Bevölkerung zu festigen. Kommunikation war die dritte Funktion, die die Volkskammerwahl für die SED erfüllte. In den Wochen rund um die Volkskammerwahl fand ein reger Austausch zwischen der Bevölkerung und den Politiker:innen statt. Die Bürger:innen konnten bei diversen Wahlveranstaltungen den

Parlamentarier:innen Rückmeldungen geben, Fragen stellen und in Verhandlungen persönliche Vorteile erlangen (indem sie z. B. damit drohten der Wahl fernzubleiben). Gerade diese individuellen Vorzüge (z. B. Reisegenehmigungen), die die Menschen im Kontext der Wahl erhalten konnten, sind mögliche Erklärungen dafür, dass das Wahlsystem der DDR so lange funktionierte. Dieser vermehrte Austausch zur Wahlzeit diente der SED aber auch dazu, die Bevölkerung zu überwachen (vierte Funktion). Durch die Volkskammerwahlen hatte die Partei alle vier Jahre die Möglichkeit zu

erfahren, wer im Land hinter ihr stand und welche Bevölkerungsgruppen durch feindliche Tätigkeiten während der Wahl auffielen.

Schlussendlich konnte diese Masterarbeit zeigen, dass eine genaue Analyse der ersten Volkskammerwahlen, auch wenn sie keine freien Wahlen nach westlichen Verständnis waren, hilft, die Herrschaft der SED in der DDR besser zu verstehen. Weitere Arbeiten, die beispielsweise die kommunalen Wahlen der DDR betrachten, wären deshalb wünschenswert.



Yannick Käser

Die Nacht der geschlossenen Fenster

Proteste nach dem Grossbrand von Schweizerhalle (BL), 1986

Masterarbeit bei PD Dr. Daniel Marc Segesser

Der Grossbrand auf dem Areal der Sandoz AG in Schweizerhalle vom 1. November 1986 gilt als die grösste technische Katastrophe der Schweiz im 20. Jahrhundert und wurde in der öffentlichen Diskussion in eine Reihe mit den Störfällen von Seveso, Bhopal und Tschernobyl gestellt. Der Störfall galt als Novum in der Techniknation Schweiz, in der eine Katastrophe dieses Ausmasses damals unvorstellbar gewesen war. Zahlreiche Akteur:innen der Zivilgesellschaft nahmen den Störfall als eine tiefgreifende Zäsur im Verhältnis zwischen der Basler Bevölkerung und der chemischen Industrie, des grössten Wirtschaftsfaktors der Region, wahr. Neben den erheblichen ökologischen Schäden durch die Verschmutzung des Rheins, die von Basel bis in die Niederlande zu hunderttausenden toten Tieren führte, erschütterte das Ereignis das Vertrauen von Teilen der Wohnbevölkerung beider Basel in staatliche Kontrollmechanismen, industrielle Sicherheitsstandards und behördliche Krisenkommunikation. Während sich die bisherige Forschung vor allem mit naturwissenschaftlichen Zugängen über die Folgen des Brandes mit Blick auf den Rhein sowie mit der Rolle der Behörden und des Konzerns Sandoz befasst hat, richtet diese Masterarbeit den Fokus auf die gesellschaftlichen Reaktionen in Form von Protestaktionen, die sich im Anschluss an den Störfall manifestierten.

Im Zentrum der Untersuchung stehen die Protestaktionen von Studierenden und Schülerinnen in Basel, die bislang in der historischen Forschung kaum berücksichtigt wurden. Die Arbeit fragt danach, unter welchen organisatorischen Bedingungen diese Proteste zustande kamen, wie sie strukturiert waren, welche Akteur:innen sie trugen, wie lange sie Bestand hatten und welche Wirkungen sie kurz- und mittelfristig entfalteten. Ein Augenmerk gilt der Einordnung in den Kontext der studentischen Proteste ab den 1960er Jahren und der Umweltbewegung der 1970er und 1980er Jahre. Dabei wird unter anderem untersucht, inwiefern die studentischen Proteste als alleinstehende Aktion oder als Teil einer weiter gefassten Organisation der Betroffenen verstanden werden können.

Den theoretischen Rahmen der Arbeit bilden Ansätze der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung. Unter anderem wird auf Konzepte der Mobilisierung, kollektiven Identität und Ressourcenabhängigkeit sowie politischen Gelegenheitsstrukturen rekurriert. Diese werden für eine geschichtswissenschaftliche Analyse fruchtbar gemacht und mit einem historischen Zugang kombiniert. Methodisch basiert die Untersuchung auf einer quellenkritischen Analyse textueller und bildlicher Zeugnisse der entsprechenden Zeit. Visuelle Quellen wie Plakate und Transparente der Protes-

tierenden werden unter Einbezug von Zugängen der Visual History ausgewertet. Die Grundlage bildet ein bislang unerschlossenes Quellenkorpus aus dem Privatarchiv einer ehemaligen Studierendenführerin. Dieses wird durch zeitgenössische Presseberichte, Publikationen privater Umweltorganisationen, studentische Printmedien sowie einer unternehmensnahe Darstellung des Ereignisses ergänzt.

Die Analyse zeigt, dass die Proteste nach Schweizerhalle nicht als rein lokal begrenzte Reaktionen zu verstehen sind. Die Protestaktionen dauerten über mehrere Monate an und mobilisierten Menschen auch über die Landesgrenzen hinaus. Obwohl die ersten Proteste fast spontan noch am selben Tag stattfanden, wurden daraufhin über anderthalb Monate und dann jährlich wieder Demonstrationen und andere Proteste organisiert. Die Studierenden der Universität Basel und ihre Körperschaften nahmen dabei zwar keine zentrale Rolle ein, waren aber gut vernetzt und konnten durch ihre Mittel und institutionellen Zugänge zu den Manifestationen durch Mobilisierung beitra-

gen. Darüber hinaus konnten sie auch im Rahmen von Universität und Kanton ihr Gewicht in die Waagschale werfen. Die Protestaktionen zeichneten sich durch eine hohe symbolische Dichte und eine bewusste mediale Inszenierung aus. Die Forderungen der verschiedenen Akteur:innen betrafen unter anderem die politisch-juristischen Rahmenbedingungen für die Industrie, zukunftsweisende Neuorientierungen zu einer Nachhaltigen Entwicklung, eine Bildungsoffensive und Wissenschaftsförderung.

Weiter zeigt die Arbeit, dass die Proteste zwar nur begrenzte unmittelbare Auswirkungen auf die chemische Industrie selbst hatten, jedoch zur Politisierung einzelner Bevölkerungskreise beitrugen und nachhaltige Effekte im institutionellen und gesellschaftlichen Kontext entfalteten. Dazu zählen unter anderem eine zeitweise verstärkte öffentliche Sensibilisierung für Umwelt- und Sicherheitsfragen, die Etablierung neuer Diskussionsräume an der Universität Basel sowie Impulse für längerfristige organisatorische und politische Entwicklungen im Umfeld der Umweltbewegung.



Jana Kehl

Das jakutische Luxusgut, das keines sein sollte

Eine objektbiografische Annäherung an Macht und Widerstand innerhalb der sowjetischen Diamantwirtschaft 1956–1991

Masterarbeit bei Dr. habil. Carmen Scheide

Mitte der 1950er-Jahre lokalisierten Geologinnen und Geologen im Gebiet rund um die heutige Stadt Mirnyj die ersten Diamantvorkommen auf dem Territorium der UdSSR. Mit dem Abbau dieser Vorkommen stieg der sowjetische Staat innerhalb weniger Jahre zu einem der weltweit grössten Diamantproduzenten auf. Während die Auswirkungen dieses Aufstiegs auf das westliche Diamantkartell wissenschaftlich breit diskutiert wurden, bleibt die Frage, welche Rolle der Diamant innerhalb der Sowjetunion einnahm, bis heute grösstenteils unbeleuchtet. Unklar ist etwa, wie die Diamantwirtschaft innerhalb dieses sozialistischen Staates „physisch“ ausgelegt war und welche Personen und Gruppen Teil dieser waren. Relevant sind solche Fragen insbesondere deshalb, weil der Stein

in einem kapitalistischen Kontext mit diversen Bedeutungen aufgeladen ist und in vielerlei Hinsicht mit Macht assoziiert wird. Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Masterarbeit, welche bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse sich zwischen 1956 und 1991 in der sowjetischen Diamantwirtschaft widerspiegeln – und inwiefern der Diamant dazu beitrug, diese zu festigen oder anzufechten. Um ein umfassendes Bild der sowjetischen Diamantwirtschaft zu erlangen und diese in ihren historischen Kontext einzubetten, folgt die Untersuchung dem methodischen Ansatz einer Objektbiografie. Diese ist darauf ausgelegt, die gesamte „Lebensgeschichte“ des Diamanten, die als ein Wertschöpfungsprozess von der „Produktion“ bis hin zum „Verbrauch“ beschrieben

werden kann, nachzuzeichnen. Zudem bietet die Objektbiografie gemäss Annahmen der *Material Culture Studies* ein Werkzeug dafür, die Dynamik und Stabilität bestimmter gesellschaftlicher Strukturen sichtbar zu machen. Mit dieser Methodik zur Analyse eines breit ausgelegten Bestands an digitalisierten öffentlichen Quellen lässt sich schliesslich aufzeigen, dass auch der natürliche Diamant aus der Jakutischen ASSR eine Vielzahl an „kulturellen Daten“ widerspiegelt und offenbart. Über verschiedene Zeiten und Räume des Wertschöpfungsprozesses hinweg – vom Diamantabbau b *Jakutalmaz* über die Veredelung der Steine bei *Kristall Smolensk* bis hin zum Verkauf dieser in der *Berëzka* – lässt sich die sowjetische Diamantwirtschaft dabei auch als ein „Machtgefüge“ betrachten. Dieses lässt sich durch die Theorien Foucaults als ein Ensemble aus unterschiedlichen sozialen Beziehungen, Praktiken oder Diskursen

fassen. Damit werden auch Verbrechen, Skandale, Auszeichnungen oder Arbeitstechniken in der Diamantwirtschaft in der Quellenanalyse berücksichtigt und vor dem Hintergrund von Foucaults Machtbegriff genauer untersucht. All diese Elemente, in welche der Diamant als Untersuchungsobjekt eingebettet werden muss, trugen auf unterschiedliche Weise dazu bei, dass Macht ausgeübt werden konnte und sich bestimmte Hierarchien in der sowjetischen Gesellschaft festigten oder veränderten. Nicht allein die Beschreibung dieser Prozesse liegt im Erkenntnisinteresse der Untersuchung der sowjetischen Diamantwirtschaft: So dient die interdisziplinäre Herangehensweise auch einer Reflexion der Frage, in welche Forschungskontexte Objekte eingebettet werden können und welche Möglichkeiten deren Biografien für die Geschichtswissenschaften bieten.



Simone Keller

Ein „weiblicher Arzt“ – „etwas Unerhörtes“

Die Auswanderung der deutsch-schweizerischen Ärztin Josephine Zürcher (1866–1932) und die Verschiebung von Geschlechtergrenzen im transnationalen Missionskontext

Masterarbeit bei PD Dr. Francesca Falk

Diese Masterarbeit untersucht die Emigration der Schweizer Missionsärztin Josephine Zürcher (1866–1932) im Zeitraum vom späten 19. bis in die frühen 1930er Jahre. Im Zentrum steht die Frage, wie sich Verschiebungen von Geschlechtergrenzen in Zürchers Migrationsbiografie zeigen und wie diese im Kontext transnationaler Verflechtungen sowie kolonialer und imperialer Machtverhältnisse zu verstehen sind. Ausgangspunkt der Analyse bildet die Biografie der Ärztin, deren Lebens- und Arbeitsräume sich von der Schweiz über verschiedene europäische Länder bis ins Spätmannische Reich und nach Palästina erstreckten.

Die Arbeit verortet Zürchers medizinische Tätigkeit im Umfeld protestantischer Missionseinrichtungen und Kliniken und bettet diese in einen von politischen Umbrüchen geprägten zeithistorischen Kontext ein, der unter anderem das Ende des Osmanischen Reiches, den Ersten Weltkrieg sowie die britische Mandatszeit in Palästina umfasst.

Diese Entwicklungen werden nicht im Detail analysiert, sondern als Rahmenbedingungen berücksichtigt, innerhalb derer sich Zürchers berufliches und persönliches Handeln vollzog. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf den Missionsstationen und medizinischen Einrichtungen, an denen sie tätig war.

Zentrale Quellenbasis bildet der Nachlass von Josephine Zürcher, der sich in der Speziellsammlung der Zentralbibliothek Zürich (ZBZ) befindet. Ergänzend werden veröffentlichte Texte Zürchers aus medizinischen Zeitschriften und Zeitungen aus den Jahren 1919 bis 1932 untersucht. Diese Schriften sind bislang vorwiegend biografisch rezipiert worden; eine geschlechtergeschichtliche und kritisch-analytische Auseinandersetzung stellt hingegen ein Forschungsdesiderat dar. Die vorliegende Arbeit setzt hier an und analysiert diese Texte im Hinblick auf geschlechtsspezifische Zuschreibungen, Handlungsspielräume und Selbst-

positionierungen.

Methodisch greift die Untersuchung auf multiperspektivische Ansätze zurück und bezieht unter anderem die Geschlechtergeschichte, das Konzept der Intersektionalität sowie der Transnationalität als Analyseinstrumente ein. Die Analyse zeigt, dass sich Zürcher durch ihre Migration in einem komplexen Spannungsfeld aus Geschlecht, Machtverhältnissen und beruflicher Handlungsmacht bewegte. Einerseits eröffnete ihr die Emigration neue Räume, in denen sie als Ärztin tätig sein und gesellschaftliche Positionen einnehmen konnte, die ihr in der Schweiz aufgrund struktureller Geschlechterdiskriminierung nur eingeschränkt zugänglich gewesen wären. Andererseits blieb ihr Handlungsspielraum weiterhin durch patriarchale Normen, geschlechtsspezifische Erwartungen sowie institutionelle und familiäre Abhängigkeiten begrenzt. Die Ehe führte etwa zum Verlust ihres

Schweizer Bürgerrechts und patriarchale Strukturen im Missions- und im osmanischen Kontext schränkten die freie Ausübung ihres Berufes ein.

Die Arbeit macht deutlich, dass Migration im Fall von Josephine Zürcher nicht als linearer Emanzipationsprozess verstanden werden kann. Vielmehr bewegte sich ihr Leben in einem widersprüchlichen Erfahrungsraum, in dem sich individuelle Handlungsmöglichkeiten und strukturelle Begrenzungen fortwährend überlagerten. Zugleich zeigen Zürchers Texte eine weitere Ambivalenz: Während sie selbst geschlechtsspezifische Diskriminierung erfuhr, reproduzierte sie in ihren Schriften eurozentrische und rassistische Deutungsmuster. Durch die Abgrenzung gegenüber der indigenen Bevölkerung schrieb sie sich Autorität und Deutungsmacht zu und stabilisierte damit Ausschlussmechanismen, von denen sie als Frau in europäischen Kontexten selbst betroffen war.



Lisa Linder

Die Debatte um eine ökologische Steuerreform in der Schweiz

Eine Untersuchung der energiepolitischen Auseinandersetzung mit dem Konzept einer ökologischen Steuerreform in der Schweiz zwischen 1984 und 2015

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr und Dr. Roman Rossfeld

Die Masterarbeit entstand aus der Motivation, die wiederholt gescheiterten Versuche einer ökologischen Steuerreform in der Schweiz zu untersuchen und damit verbundene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Hintergründe zu beleuchten. Angetrieben durch die global geführte Debatte um nachhaltige Entwicklung, die seit den 1970er Jahren durch den Bericht des Club of Rome (1972) und den Brundtland-Bericht (1987) geprägt wurde, stellte sich die Frage, warum Initiativen zur Einführung von Energiesteuern in der Schweiz zwischen 1984 und 2015 mehrfach scheiterten.

Forschungsschwerpunkt der Arbeit ist die Analyse der politischen Diskurse rund um fünf konkrete Volksinitiativen zur ökologischen Steuerreform. Im Zentrum stehen die Positionen der Umweltverbände, die fiskalpolitischen sowie

energiepolitischen Rahmenbedingungen und die gesellschaftlichen Resonanzen, welche diese Initiativen begleiteten. Die Arbeit zielt darauf ab, Kontinuitäten und Brüche in den Argumentationsstrukturen und im politischen Diskurs zu identifizieren sowie den Einfluss umwelt- und energiepolitischer Entwicklungen auf die Reformbestrebungen herauszuarbeiten.

Zur Beantwortung dieser Fragen wurde ein methodisches Vorgehen gewählt, das historisch-hermeneutische Quelleninterpretation mit diskursanalytischen Verfahren verbindet. Als Quellenbasis dienten unter anderem das *Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen*, Bundesratsbotschaften, parlamentarische Debattenprotokolle sowie Archivbestände relevanter Umweltverbände (z. B. WWF Schweiz, Pro Natura, Schweizerische

Energiestiftung). Zusätzlich flossen VOX-Analysen und mediale Beiträge in die Untersuchung der Abstimmungsvorlagen mit ein, um den gesellschaftlichen Kontext zu verorten.

Erstens zeigt sich, dass Vorlagen mit Ansätzen einer ökologischen Steuerreform in der Schweiz wiederholt an strukturellen, wirtschaftspolitischen und verfassungsrechtlichen Hürden sowie am Widerstand zentraler Interessensgruppen scheiterten. Zweitens konnte herausgearbeitet werden, dass Umweltverbände über Jahrzehnte hinweg

zwar eine kontinuierliche Sensibilisierung betrieben, deren Einfluss aber nicht reichte, um eine Mehrheit für einschneidende fiskalpolitische Änderungen zu gewinnen. Drittens verdeutlicht die Analyse, dass sich trotz einer zunehmenden gesellschaftlichen Problemwahrnehmung und unterschiedlich angedachter Lösungsvorschläge bis 2015 kein tragfähiger Konsens über die konkrete Ausgestaltung einer ökologischen Steuerreform etablieren konnte.



Chiara Merhi

Fremdplatzierungen am Beispiel der Tessiner Vormundschaftspraxis in den 1960er- und 1970er-Jahren

Masterarbeit bei Dr. Mirjam Janett

Die vorliegende Masterarbeit untersucht die behördliche Praxis der Fremdplatzierung von Kindern und Jugendlichen im Kanton Tessin zwischen 1960 und 1980. Ziel der Untersuchung ist es, auf Basis von dreiundzwanzig ausgewählten Falldossiers aus dem Tessiner Staatsarchiv zu rekonstruieren, welche sozialen Kategorien, Argumentationsmuster und institutionellen Routinen in diesem Zeitraum zur Legitimation von Fremdplatzierungen herangezogen wurden. Die Arbeit leistet damit einen Beitrag zur regional differenzierten Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen in der Schweiz und widmet sich erstmals systematisch der Vormundschafts- und Platzierungspraxis im italienischsprachigen Kanton Tessin.

Im Zentrum dieser Arbeit steht die Frage, wie Behörden ihre Eingriffe in das Familienleben begründeten und welche strukturellen, rechtlichen und kulturellen Faktoren diese Praxis prägten. Die Untersuchung orientiert sich methodisch an einem mikrohistorischen Zugang, der die Behördenakten nicht als neutrale Dokumente, sondern als diskursive Konstruktionen analysiert. Die Fallanalysen wurden ergänzt durch eine kontextuelle Einordnung der institutionellen Rahmenbedingungen, einen föderalen Vergleich und eine Reflexion über

den Stand der Professionalisierung im Bereich des Kinderschutzes im Tessin.

Die Analyse zeigt, dass Fremdplatzierungen im Tessin während des Untersuchungszeitraums vorrangig auf Grundlage von moralisch und sozial codierten Kategorien wie „Unehelichkeit“, „Verwahrlosung“, Armut oder Migration legitimiert wurden. In nahezu allen Fällen wurde die leibliche Mutter als Hauptakteurin negativ bewertet, während die Väter entweder nicht genannt oder als irrelevant betrachtet wurden. Auffällig ist die häufige Verwendung vager und wertender Begriffe wie „moralisch ungeeignet“ oder „unwürdig“, die auf einen weitreichenden behördlichen Ermessensspielraum hindeuten. Fachlich fundierte Gutachten, psychologische Einschätzungen oder sozialpädagogische Expertisen fehlten nahezu vollständig, obwohl der Kanton Tessin bereits seit den späten 1950er-Jahren über entsprechende Strukturen verfügte.

Im föderalen Vergleich zeigt sich, dass der Kanton Tessin in Bezug auf Verwissenschaftlichung und Professionalisierung der Vormundschaftspraxis deutlich hinter anderen Kantonen zurückblieb. Gründe hierfür lagen unter anderem in der geographischen Peripherie, der sprach-

lich-kulturellen Nähe zu Italien, einer konservativ geprägten katholischen Moralvorstellung sowie der starken Stellung kirchlicher Einrichtungen in der Sozialarbeit. Fremdplatzierungen wurden häufig nicht als Schutzmassnahme, sondern als Disziplinierungsinstrument gegenüber sogenannten normabweichenden Familienformen verstanden. Erst gegen Ende der 1970er-Jahre lassen sich erste Hinweise auf einen Paradigmenwechsel erkennen – unter anderem durch gesetzliche Reformen, sprachliche Entschärfungen und vereinzelte Fälle von Rückführungen in die Herkunftsfamilie.

Die Arbeit verdeutlicht, dass das Verständnis von Kindeswohl im Kanton Tessin in hohem Masse von normativen Vorstellungen über Familie,

Mutterschaft und soziale Ordnung geprägt war. Sie trägt dazu bei, strukturellen Machtmissbrauch in der Fürsorgepraxis zu verdeutlichen und zeigt auf, wie staatliche Eingriffe in das Private historisch bedingt und institutionell verankert waren. Schliesslich identifiziert sie zentrale Forschungslücken, etwa die Notwendigkeit einer quantitativen Auswertung der Platzierungszahlen, die Berücksichtigung der Betroffenenperspektive oder eine systematische Analyse der Rolle des italienischen Migrationshintergrunds, und plädiert für eine verstärkte Auseinandersetzung mit regional differenzierten Formen staatlicher Fürsorgepolitik im 20. Jahrhundert.



Livia Noemi Meyer

„Auf, in den heiligen Krieg gegen alles, was unrein ist“

Sittlichkeitsdiskurs und Geschlechteraspekte im Kontext der Vereine zur *Hebung der Sittlichkeit* zwischen 1875 und 1930

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Ende des 19. Jahrhunderts bildete die sogenannte „Sittlichkeitsfrage“ ein Politikum. Unter dem nicht klar definierten und durchaus dehnbaren Begriff „Sittlichkeit“ wurden diverse Themen wie Sexualmoral, Prostitution, Geschlechtskrankheiten, Alkoholismus, Unterhaltungskultur, Erziehungsfragen, Geschlechterverhältnisse und Geschlechterrollen verhandelt. Insbesondere als Reaktion auf den rasanten gesellschaftlichen Wandel im 19. Jahrhundert gründeten sich von England ausgehend in Europa, den Kolonien und den USA Sittlichkeitsvereine, die diesen als sittlich-moralischen Zerfall interpretierten und eine Reform „zur Hebung der Sittlichkeit“ anstrebten. Auch in der Schweiz entstanden im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts Sittlichkeitsvereine, die die als sittlich deklarierten Normen gesellschaftlich als auch gesetzlich zu verankern und normabweichende Personen durch ihre privaten Erziehungsheime zu normkonformem Verhalten zu bringen versuchten. Durch diese öffentlichen Tätigkeiten beteiligten sich die Sittlichkeitsvereine an Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Deutungsmacht, die zu definieren vermochte, was als sittlich, gut, nor-

mal und damit zusammenhängend als unsittlich, schlecht, abnormal galt.

Die Masterarbeit untersucht in diesem Zusammenhang diskursanalytisch einerseits den von den deutschschweizerischen Sittlichkeitsvereinen geprägten Sittlichkeitsdiskurs und andererseits die sich aus dem Geschlechterverhältnis innerhalb der Bewegung ergebenden Geschlechteraspekte – sowohl innerhalb des Diskurses selbst als auch im Hinblick auf die Motive von Männern und Frauen, sich für Sittlichkeit zu engagieren. Die Untersuchung basiert auf der Verbandszeitschrift des grössten Sittlichkeitsvereins der Schweiz, dem *Verband deutschschweizerischer Frauenvereine zur Hebung der Sittlichkeit* und den Publikationen der viel kleineren Männervereine zur *Hebung der Sittlichkeit* in Bern und Zürich sowie von deren Koordinationsgremium, der *Schweizerischen Kommission zur Bekämpfung der Unsittlichkeit*.

Die Auseinandersetzung mit den Verbandschriften zeigt, dass der Sittlichkeitsdiskurs biopolitische und disziplinierende Tendenzen aufwies. So galten im Sittlichkeitsdiskurs bürgerlich-protestantische Werte wie Selbstdisziplin, Pflicht-

bewusstsein oder Mässigung als erstrebenswert, respektive als sittlich. Diese sollten gewährleisten, dass sich Individuen möglichst nutzbringend in die bürgerliche Gesellschaft eingliederten. Angeprangert wurde daher alles, was diese Nützlichkeit gefährden konnte – wie uneheliche oder nicht reproduktive Sexualität, Rausch oder Freizeitvergnügen. Der Sittlichkeitsdiskurs fungierte dabei als wirksames Instrument biopolitischer Disziplinierung, da er disziplinierte, ohne offen autoritär zu wirken. So galten im Diskurs die (meist männlichen) Konsumierenden der als unsittlich erachteten Bordelle, Wirtshäuser und Kinos als Opfer von Anbietenden, die ihr Geschäft mit dem Ausnutzen menschlicher Bedürfnisse machten. Disziplinierende Forderungen wie das strikte Keuschheitsgebot oder die Einschränkung des Freizeitangebots erschienen damit im Lichte der Fürsorge, um Konsumierende vor vermeintlich übermächtigen Trieben und der eigenen Ausbeutung zu schützen.

Daneben war der Sittlichkeitsdiskurs eng mit der Kategorie Geschlecht verknüpft. Im Zentrum des Diskurses stand die ungleich geltende Moral für Mann und Frau. Sexuelle Freiheiten einzig für den Mann oder die einseitige Stigmatisierung und Verantwortung der Frau bei unehelichen Kindern

sprachen die Vereine offen an und begriffen dies als Unrecht. Mit der Forderung nach gleicher Moral für Mann und Frau, die sich nicht am männlichen, sondern am weiblichen Standard orientierte, wurde das patriarchalische System zu einem gewissen Mass in Frage gestellt. Zugleich stellte sie ein Versuch dar, bisherige Geschlechterverhältnisse etwas aufzuweichen. Zwar wurden im Sittlichkeitsdiskurs einerseits bei der Frau weiblich-konnotierte Eigenschaften wie Keuschheit oder die Rolle als Mutter und Hausfrau verfestigt und damit die auf Hierarchie beruhende Geschlechterdualität stabilisiert. Andererseits wurde versucht, eine alternative (hegemoniale) Männlichkeit aufzustellen, die auf Achtung der Frau und Selbstkontrolle basierte. Keuschheit sollte dabei analog zur weiblichen Norm zur Grundlage des männlichen Selbstverständnisses werden. Als Lösung für die benachteiligte (gesellschaftliche) Position der Frauen schlugen die Sittlichkeitsvereine nicht Partizipation, sondern moralische Gleichstellung vor. Sie wählten damit einen anderen Ansatz als die emanzipative Frauenbewegung: Nicht die Frau eignet sich Privilegien des Mannes an, sondern der Mann passt sich dem Zustand der Frau an.



Jelena Mitrić

„Gastarbajterke“

Zu den Lebenswelten ex-jugoslawischer Arbeitsmigrantinnen und ihrer Nachkommen in der Schweiz zwischen Migration, Arbeit und Geschlecht (1989–2002)

Masterarbeit bei PD Dr. Francesca Falk

Zwischen 1964 und 2002 kamen im Zuge bilateralen Anwerbeabkommen zahlreiche – unqualifizierte als auch qualifizierte – Arbeitskräfte aus Jugoslawien in die Schweiz. Unter ihnen waren auch viele Frauen, die im Volksmund als *gastarbajterke* bezeichnet wurden. Sie leisteten oftmals körperlich belastende und gesellschaftlich wenig anerkannte Arbeit, etwa im Hotel- und Gastgewerbe. Während ihre Arbeitskraft geschätzt wurde, blieben ihre individuellen Lebensrealitäten, Herausforderungen und Stimmen weitgehend im Schatten offizieller Migrationsdiskurse.

Vor diesem Hintergrund widmet sich die vor-

liegende Masterarbeit den Stimmen jener ex-jugoslawischen Arbeitsmigrantinnen und ihrer Nachkommen, die in einem doppelten Sinn Unsichtbarkeit erfuhren: als Frauen in einer männlich dominierten Migrationsgeschichte und als prekär beschäftigte Arbeiterinnen in einem ökonomisch funktionalisierten System. Im Zentrum steht daher die Frage, wie sich die strukturellen Bedingungen von Migration, Arbeit und Geschlecht auf ihre Lebenswelten, Identitätskonstruktionen, Zugehörigkeitsempfinden und Wahrnehmungen auswirkten.

Die Untersuchung stützt sich auf eine qualitative Analyse von acht selbstgeführten Oral-Histo-

ry-Interviews mit ehemaligen Arbeitsmigrantinnen und ihren Töchtern aus Ex-Jugoslawien, die in den 1990er-Jahren im Berner Oberland und in der Ostschweiz lebten und arbeiteten – Regionen, die stark vom Tourismus geprägt waren und einen hohen Bedarf an saisonalen Arbeitskräften aufwiesen. Der Untersuchungszeitraum von 1989 bis 2002 markiert eine Phase tiefgreifender Umbrüche: vom Zerfall Jugoslawiens über veränderte Migrationsbewegungen bis hin zur politischen und gesellschaftlichen Neuverortung dieser Gruppe innerhalb der Schweiz.

Aufgrund der begrenzten behördlichen und institutionellen Quellen kommt der Methode der Oral History hier eine zentrale Bedeutung zu. Sie ermöglicht es, subjektive Erinnerungen, Wahrnehmungen und Alltagserfahrungen zu fassen. Oral History wird dabei sowohl als Methode der Datenerhebung als auch als eigenständige Quellengattung verstanden: Die Interviews sind daher nicht bloss Datenlieferanten, sondern Ausdruck biografisch erinnelter Lebenswirklichkeiten, deren Erzählstruktur selbst Teil der Analyse ist. Die Gespräche wurden mithilfe eines thematisch fokussierten Leitfadens geführt und anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse sowie einer Narrationsanalyse ausgewertet. Dabei wurden zentrale Themenbereiche – etwa Arbeitsbedingungen, Migrationserfahrung, Familienalltag und der Krieg in der Heimat – kodiert und systematisch vergleichend betrachtet.

Die jeweiligen Tandeminterviews zeigen, dass weibliche Arbeitsmigration aus Ex-Jugoslawien in den 1990er-Jahren stark durch strukturelle

Machtverhältnisse, wirtschaftliche Zwänge und geschlechtsspezifische Aushandlungsprozesse geprägt war. Die Erzählungen der ersten Generation rekonstruierten ihre Migration zumeist über Narrative von Selbstaufopferung, Leistungsbereitschaft und moralischer Pflicht. Ambivalenzen wie emotionale Belastungen, familiäre Trennungen oder prekäre Arbeitsverhältnisse werden in diesen Narrationen häufig von Strategien der Anpassung und des Durchhaltens überlagert. Gleichzeitig fungierte Erwerbsarbeit für viele Frauen als Quelle von Selbstwert und sozialer Legitimation in einem – durch patriarchale Normen geprägten – transnationalen Raum.

Die Perspektive der zweiten Generation ist von einem Narrativ der „übersehenen Kindheit“ geprägt, in dem sich frühe Verantwortung, (emotionale) Sprachlosigkeit und ein steter Anpassungsdruck verdichten. Die Interviews offenbaren hier eine kritische Reflexion der psychosozialen Kosten familiärer Migrationsentscheidungen. In der Gegenüberstellung der Interviews wird deutlich, dass Migrationserfahrungen dabei nicht linear weitergegeben, sondern transformiert werden. Die erzählten Erinnerungen erschienen dabei jedoch nicht als Abbild des Vergangenen, sondern als dialogische Konstruktion, geformt durch zeitliche Distanz, Interviewkontext und gesellschaftliche Erzählmuster. Die Untersuchung zeigt im Ausblick auch, dass sich strukturelle Herausforderungen weiblicher Arbeitsmigration bis in heutige Regulierungen fortschreiben und sozial- wie geschlechterpolitische Fragen in diesem Zusammenhang dringlich bleiben.



Raphael Müller

Die Entstehung des Glarner Bundes von 1352

Die Rolle der Stadt Zürich. Eine Analyse

Masterarbeit bei Prof. Dr. Regula Schmid Keeling

Mit dem Bund vom 4. Juni 1352 wurde das Tal Glarus erstmals in die Eidgenossenschaft aufgenommen. Obwohl das Bündnis lediglich drei Monate bestand, fiel Glarus daraufhin – zumindest de jure – wieder unter die habsburgische Herrschaft zurück. Gleichwohl wird Glarus zu den acht Alten

Orten gezählt. Im Vergleich zu den anderen Bundesbriefen jener Zeit weist der Glarner Bund aber einige Unterschiede auf. Das Tal wurde mit diesem sogenannten „Minderen“ oder „Bösen Bund“ in einer untergeordneten Stellung in das Bündnis-system der Eidgenossen aufgenommen. Die Arbeit

untersucht die Rolle der Stadt Zürich im Kontext der Entstehung dieses Bundes. Dabei wird der Frage nachgegangen, welche strategischen, militärischen und politischen Überlegungen Zürich dazu veranlasst haben, bei der Eroberung des Tales Glarus mitzuwirken und, trotz dessen peripheren Lage sowie fehlenden städtischen Struktur, als Bundespartner aufzunehmen.

Diese Untersuchung basiert zum einen auf der Analyse von zeitgenössischen Chroniken und Annalen wie der Chronik der Stadt Zürich, der *Historia ecclesiastica* von Heinrich Truchsess von Diessenhofen sowie der titellosen Chronik von Mathias von Neuenburg. Zum anderen bildet die systematische Auswertung des Inhalts des Glarner Bundesbriefes von 1352 den Hauptbestandteil der Arbeit.

Durch die Analyse der zeitgenössischen historiographischen Werke sowie der Formulierung der einzelnen Artikel des Briefes von 1352 wird ersichtlich, dass das Bündnis nicht Ausdruck homogener Interessen, sondern das Ergebnis von

asymmetrischen Machtverhältnissen war.

Bei der Entstehung und der Ausarbeitung des Bündnisses zwischen Glarus und den eidgenössischen Orten spielte die Reichsstadt Zürich eine prominente Rolle. Die vorliegende Arbeit kommt zum Ergebnis, dass Zürich – im Zuge seiner expansiven Bündnispolitik unter Bürgermeister Rudolf Brun – ein starkes Interesse an Glarus hatte. Dieses Interesse lag vor allem in strategischen Überlegungen begründet: Durch die verstärkte Einflussnahme auf die Region zwischen Zürich- und Walensee sollte die für Zürich wirtschaftlich bedeutende Walenseeroute gesichert werden. Es ist davon auszugehen, dass Glarus in ein Bündnis minderer Stellung aufgenommen wurde, da die anderen eidgenössischen Orte – insbesondere Schwyz und Uri – verhindern wollten, dass Zürich einen zu grossen Einfluss in der Region erhielt. Die niedere Stellung von Glarus ist somit das Ergebnis konkurrierender Interessen zwischen den Bündnispartnern.



Ana Carolina Ribeiro Cardoso

Von Portugal nach Rio de Janeiro

José Clemente Pereira und die bürokratische und Grossgrundbesitzer-Elite Rios

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Büschges

Diese Arbeit untersucht die Entstehung und Reproduktion politischer Eliten im Brasilien des 19. Jahrhunderts anhand einer mikrohistorischen Studie zu José Clemente Pereira (1787–1854). In Portugal geboren, begann Pereira seine Karriere in militärisch-bürokratischen Kreisen, bevor er während der Umbrüche der Napoleonischen Kriege nach Rio de Janeiro übersiedelte. Dort blieb er auch nach der Unabhängigkeit und integrierte sich in die brasilianische herrschende Klasse. Er bekleidete hohe Ämter als Minister, Senator und Staatsrat und wurde zugleich ein bedeutender Grossgrundbesitzer und Sklavenhalter. Indem Pereira in die umfassenderen Transformationen der luso-brasilianischen Welt während der Napoleonischen Kriege, die Verlegung des portugiesischen Hofes nach Rio de Janeiro (1808) sowie die Konsolidierung des Brasilianischen Kaiserreichs

eingeordnet wird, analysiert die Studie, wie Eliten in einer Phase imperialer Neuordnung politisches, ökonomisches, soziales und symbolisches Kapital mobilisierten.

Unter Rückgriff auf die Konzepte von Habitus und Kapital nach Pierre Bourdieu rekonstruiert die Untersuchung Pereiras Werdegang von seiner frühen militärisch-bürokratischen Laufbahn in Portugal bis zu seiner politischen Bedeutung in Brasilien. Dabei wird hervorgehoben, wie er sich durch die Ausübung öffentlicher Ämter, Grundbesitz sowie die Teilnahme an Vereinigungen wie nationalen Orden und Freimaurerlogen in elitäre Netzwerke integrierte. Besonderes Augenmerk gilt seinen Kaffeeplantagen und der versklavten Arbeitskräfte in Vassouras im Paraíba-Tal, dem Zentrum der Plantagenexpansion des 19. Jahrhunderts. Dies zeigt, wie die Kontrolle über Land und

Arbeit die Grundlage der Macht der Eliten bildete.

Die Analyse stützt sich auf ein vielfältiges Korpus von Primärquellen aus Archiven in Brasilien und Portugal, darunter amtliche Korrespondenzen, juristische Dokumente, Zeitungen und Nachlassinventare. Methodisch wendet die Studie eine fallbezogene archivgestützte Interpretation der Biografie José Clementes an, wodurch Strategien der Eliten in Landkonflikten, Heiratsallianzen und beim Erwerb von Ehrentiteln untersucht werden können.

Die Ergebnisse zeigen, dass Pereiras Karriere beispielhaft für die Anpassungsfähigkeit der imperialen Elite Brasiliens steht. Deren Mitglieder

verbanden überlieferte aristokratische Praktiken mit neuen kapitalistischen Mechanismen, um ihre Vorherrschaft zu sichern und auszubauen. Die Ungleichheit im Brasilien des 19. Jahrhunderts erscheint somit nicht als blosses Überbleibsel des Kolonialismus, sondern als Ergebnis historisch verankerter Prozesse der Elitenbildung, in denen politische Autorität, Plantagenreichtum und sozialer Status sich gegenseitig verstärkten. Diese Fallstudie leistet damit einen Beitrag zu breiteren historiografischen Debatten über die Beständigkeit und den Wandel herrschender Klassen im Zeitalter der atlantischen Revolutionen.



João Ribeiro Marinho

Die Vizekönige und der vizekönigliche Hof der spanischen Monarchie in Lissabon

Das nicht-fürstliche Vizekönigsmodell in Portugal unter Philipp III.: Politische Debatten, delegierte Amtsgewalt und Entscheidungspraktiken, 1598–1621

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Büschges

Die Masterarbeit widmet sich der Untersuchung des nicht-fürstlichen Vizekönigsmodell in Portugal unter der Regierung Philipps III. (1598–1621) und setzte bewusst an einer zentralen Forschungslücke der portugiesischen Frühneuzeitforschung an. Die historiographische Auseinandersetzung mit der habsburgischen Periode ist bislang stark von (post-)nationalistischen Deutungsmustern geprägt, die die spanischen Vizekönige in Portugal als Träger einer rein symbolischen und protokolларischen Funktion interpretierten. Der Mangel an empirischen quellenbasierten Untersuchungen hat dazu geführt, dass diese Sichtweise weitgehend unhinterfragt blieb. Die Masterarbeit untersucht, inwiefern der Vizekönigshof in Lissabon unter Philipp III. die Ausübung delegierter Herrschaft in Portugal prägte. Im Zentrum steht die Analyse der politischen, administrativen Funktionen und die Patronagebefugnisse der spanischen Vizekönige in Portugal sowie ihrer Handlungsspielräume in der Regierungspraxis. Darüber hinaus fragt die Arbeit nach der politischen Rezeption der Einführung des nicht-fürstlichen Vizekönigtums im Jahr 1600 und nach der Rolle des Vizekönigs im Entscheidungsprozess portugiesischer Angelegenheiten.

Durch eine plurithemenorientierte Perspektive, die politischen Diskurs, normative Verwaltungsquellen und konkrete Entscheidungspraktiken miteinander verband, konnte gezeigt werden, dass das nicht-fürstliche Vizekönigtum unter Philipp III. keineswegs auf symbolische Funktionen reduziert war. Vielmehr stellte es einen zentralen operativen Amtsträger innerhalb der portugiesischen Monarchie dar. Die Einführung des nicht-fürstlichen Vizekönigs im Jahr 1600 stiess nicht nur auf Ablehnung, sondern auch auf Zustimmung, begründet mit Staatsräson, politischer Klugheit und guter Regierung. Der politische Diskurs verlagerte sich damit von einer primär repräsentativen zu einer funktional-rationalen Begründung. Der nicht-fürstliche Vizekönig stand weniger für dynastisches Prestige als für Nützlichkeit, Effizienz und moralisch-technische Regierungskompetenz. Der Konflikt um das Vizekönigtum erwies dabei strukturell, nicht personenbezogen: Im Kern ging es um die Kontrolle der Macht im Königreich, durch einen vom König delegierten Statthalter oder durch eine kollektive Führung lokaler Eliten. Die nicht-fürstlichen Vizekönigs markierte somit ein neues Paradigma delegierter Herrschaft, das

mit der fortschreitenden Formalisierung und Rationalisierung der Regierungspraxis in der spanischen Monarchie korrespondierte.

Die Analyse der öffentlichen und geheimen Instruktionen zeigt, dass die unter Philipp III. delegierten Befugnisse der Vizekönige deutlich umfassender waren als bislang angenommen. Die zunehmende Systematisierung und Präskriptivität der Instruktionen verweist auf einen fortschreitenden Formalisierungsprozess. Die Kompetenzen waren funktional differenziert: besonders weitreichend waren die Entscheidungsräume in Finanz- und Kolonialangelegenheiten, während die Justiz primär koordiniert und überwacht wurde. Die Zuständigkeit für die gesamte Überseemonarchie verlieh dem Vizekönig in Lissabon eine aussergewöhnliche Bedeutung. Auch im Bereich der Patronage wurde nachgewiesen, dass der Vizekönig über substanzielle Macht verfügte. Er ernannte Beamte direkt in mittlere und untere Ämter und fungierte zugleich als zentrale Vermittlungs- und Vorschlagsinstanz für königliche Ernennungsvorrechte. In diesem Sinne machten die Patronagebefugnisse den vizeköniglichen Hof in Lissabon zu einem wichtigen politischen Raum und Anziehungspunkt für die Erlangung verschiedener Ämter.

Die Untersuchung der Entscheidungsprak-

tiken unter Philipp III. führte zu einer grundlegenden Neubewertung der Rolle der Konsultationen (*consultas*). Diese fungierten weniger als Instrumente zur Begrenzung königlicher Macht, sondern vielmehr als epistemische und legitimatorische Verfahren zur Informationssammlung, zur Vervielfältigung von Entscheidungsoptionen und zur Herstellung politischen Konsenses. Der König blieb souverän in seiner Entscheidungsfindung und nutzte den formalisierten Prozess strategisch. In diesem Kontext erwies sich der Vizekönig als zentraler Akteur: Er koordinierte Verfahren, vermittelte Konflikte, entwickelte eigenständige Lösungsvorschläge und handelte in bestimmten Situationen autonom. Damit trat er als echtes *alter ego* des Souveräns hervor.

Über die Einzelergebnisse hinaus zeigt die Arbeit die Notwendigkeit einer historiographischen Revision der habsburgischen Periode in Portugal. Künftige Forschung sollte die spanische Herrschaft stärker aus einer akteurs-, praxis- und globalgeschichtlichen Perspektive untersuchen und Portugal zugleich und besser im Kontext der spanischen Monarchie verorten. Der *practical turn* und die Analyse von Entscheidungspraktiken bieten hierfür ein besonders vielversprechender methodologischer Ansatz.



Janick Rüttimann

Wie Krisen zu Verflechtung führen

Die Entwicklung der schweizerisch-liechtensteinischen Beziehung von 1918 bis 1995

Masterarbeit bei Prof. Dr. Sacha Zala

Die Beziehung zwischen der Schweiz und Liechtenstein – insbesondere in der Nachkriegszeit – wurde in der schweizerischen Forschung bisher kaum beachtet. In der Liechtensteiner Forschung wurde sie vor allem in Jubiläums- und Festschriften beschönigend dargestellt. Dabei hat sich das Fürstentum nach dem Zweiten Weltkrieg aus souveränitätspolitischen Gründen aussenpolitisch wieder von der Anbindung an die Schweiz, die mit dem Ende des Ersten Weltkriegs begonnen hatte, gelöst, was in der Folge vermehrt zu Konflikten in den bilateralen Beziehungen geführt hat.

Trotz dieser Divergenzen sind die Länder bis heute eng verflochten, sogar nachdem das Fürstentum 1995 mit dem eigenständigen Beitritt zum EWR einen anderen aussen- und europapolitischen Weg einschlug als die Schweiz. Die Arbeit vertritt dazu die These, dass gerade diese Konflikte zu einer engeren Verflechtung der beiden Staaten geführt haben. In Verbindung mit dem beispiellosen Anstieg völkerrechtlicher Verbindungen seit der Gründung der UNO und dem damit einhergehenden Zwang zur Rechtsangleichung an die internationale Ordnung hat dies zu einer stärkeren, rechtlich abge-

sicherten Verflechtung der beiden Länder geführt. Exemplarisch hierfür ist die einseitige Einführung des Schweizer Frankens als Landeswährung durch Liechtenstein im Jahre 1924 ohne Vertragswerk. Dies führte im Kontext des Zerfalls des Bretton-Woods-Systems Anfang der 1970er Jahre zu einem bilateralen Streit, der schliesslich im Abschluss des Währungsvertrages im Jahr 1980 endete. Damit wurde erst die rechtliche Grundlage für die bilateralen Währungsbeziehung geschaffen.

Ein Grund für die fehlende historische Aufarbeitung für die Beziehung der Schweiz zu Liechtenstein in der Nachkriegszeit mag auch mit der schwierigen Quellenlage zusammenhängen. Einige der Bestände im Schweizerischen Bundesarchiv unterliegen nämlich einer Schutzfrist von 50 Jahren, da die Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg die Vertretung der Interessen Liechtensteins im Ausland übernommen hat. Da die Zuständigkeit für die Beziehungen zu Liechtenstein der Direktion für Völkerrecht des EDA (früher Rechtsabteilung des EPD) zufiel, findet sich der Grossteil der relevanten Korrespondenz in den Beständen dieser Dienststelle im Bundesarchiv in Bern. Ergänzend wurden im kleineren Rahmen auch Akten im Landesarchiv in Vaduz konsultiert, diese sind jedoch von erheblich kleinerem Umfang.

Die Asymmetrie der Archivbestände spiegelt die Entwicklung der schweizerisch-liechtensteinischen Beziehung wider. Während sich die ein-

leitende These für die Zwischenkriegszeit nicht bestätigen liess, da das Fürstentum in den Krisen der 1930er-Jahren einige Male nahe kam, seine Verbindung zur Schweiz zu kappen und sich in Richtung Deutsches Reich zu orientieren, verschob sich das Spannungsfeld mit dem zunehmenden Multilateralismus der Nachkriegszeit zu einer dialektischen Bewegung Liechtensteins zwischen schweizerischer Schutzfunktion und liechtensteinischen Souveränitätsansprüchen, welche das wirtschaftliche und politische Überleben des Landes sichern sollten. Dahingehend gelang es dem Fürstentum sich mit der Teilnahme an der KSZE, den Beitritten zum Europarat, zur UNO und zum EWR aussenpolitisch eigenständig zu profilieren. Dies bedeutete jedoch keine Abkehr von der Schweiz, denn Liechtenstein pochte gleichzeitig auf seine bilaterale Anbindung zum grossen Nachbarn, welche es als Garant für seine wirtschaftliche Stabilität verstand. Dieses Austarieren zwischen Abgrenzung und Anbindung war nicht zuletzt dem Prinzip der Kommerzialisierung der Souveränität und dem Outsourcing der Verwaltung geschuldet, dessen produktive Spannung den wirtschaftlichen Aufschwung des Fürstentums in der Nachkriegszeit erst ermöglichte.

Die Arbeit erscheint in überarbeiteter Form in der Open-Access-Schriftenreihe *Quaderni di Do-dis*.



Janine Schneider

„Das ist nicht das Leben, sondern eine Strafe“

Bäuerliche Tagebücher in der Sowjetunion zwischen Revolution und Terror

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Die Masterarbeit widmet sich der Untersuchung bäuerlicher Tagebücher in der Sowjetunion zwischen 1917 und 1934 mit einem besonderen Fokus auf die sich wandelnden Lebenswelten und sozialen Räume ihrer Verfasser. Die Arbeit greift den „Spatial Turn“ in der Geschichtswissenschaft auf und nutzt das Konzept der sozialen Räume in Verbindung mit dem Begriff der „Lebenswelt“ nach Heiko Haumann, um bäuerliche Erfahrungen aus einer mikrohistorischen Perspektive greifbar

zu machen. Autobiografisches Schreiben wird dabei explizit als soziale Praxis verstanden, durch die sich Bedeutungsräume konstituieren. Die Tagebücher werden somit nicht als passive Zeugnisse eines historischen Prozesses verstanden, sondern als aktive Dokumente, mithilfe derer bäuerliche Autoren ihre soziale Realität interpretieren und mitgestalten. Die qualitative Inhaltsanalyse nach Udo Kuckartz dient hierbei als methodisches Fundament, mit dem die Texte systematisch nach

thematischen Kategorien und unter Berücksichtigung des zeitlichen Aspekts codiert und analysiert werden.

Der Quellenkorpus, auf dem die Arbeit basiert, besteht aus fünf Tagebücher, die von den Bauern Aleksandr Ivanovič Kulikov, Ivan Grigorjevič Glotov, Dimitrij Ivanovič Lukičev, Nestor Nikitovič Bilous und Ivan Ivanovič Jarošenko verfasst wurden. Die bäuerlichen Autoren stammen aus unterschiedlichen Regionen der Sowjetunion und führten alle über einen Zeitraum von 17 bis 36 Jahren Tagebuch. Trotz der geographischen Distanz und der unterschiedlichen Lebensentwürfe sind die Tagebücher durch die Gemeinsamkeiten bäuerlicher Erfahrung und die politischen Auswirkungen des zentralistisch geführten sowjetischen Staates verbunden. Alle fünf Autoren gehörten einer Generation an, die sowohl das zaristische Russland als auch die Umwälzungen der Revolutions- und Stalinzeit erlebte.

Drei Fragen standen im Zentrum der Arbeit: Welche sozialen Räume konstituieren sich in den Tagebüchern der fünf untersuchten sowjetischen Bauern? Wie veränderten sich diese über die Zeit zwischen 1917 und 1934? Und was erfahren wir damit aus ihren Selbstzeugnissen über die Veränderung der Lebenswelt fünf sowjetischer Bauern in den 1920er- und 1930er-Jahren?

In der bisherigen Forschung zu Tagebüchern im Stalinismus stand das Verhältnis zwischen Individuum und Staat im Vordergrund. Die Inhaltsanalyse der vorliegenden fünf Tagebücher zeigte jedoch, dass im Leben der Bauern andere soziale Räume eine mindestens ebenso grosse Bedeutung spielten: Familie, Kirche, Dorf und Stadt. Die Analyse dieser familiären, religiösen, lokalen und staatlichen Räume zeigt, wie stark diese über die Jahre hinweg einem Wandel unterlagen. Während in den 1920ern familiäre Bindungen, religiöse

Rituale und die dörfliche Gemeinschaft zunächst noch tragende Säulen der bäuerlichen Lebenswelt darstellten, änderte sich das gegen Ende des Jahrzehnts grundlegend. Ab 1927 ersetzten staatliche Strukturen nach und nach die dörflichen Institutionen, Repression zerstörte bisherige Netzwerke, Räume und Rituale. Besonders deutlich wird dies in den Beschreibungen der Kollektivierung und der Kampagnen gegen die sogenannten „Kulaken“, die nicht nur wirtschaftliche Enteignungen bedeuteten, sondern auch eine tiefgreifende soziale und emotionale Entwurzelung zur Folge hatten. Die Tagebücher berichten über Misstrauen, Denunziationen, Gewalt und die Zerstörung dörflicher Solidaritäten ebenso wie über individuelle Strategien des Anpassens, des Erinnerns und des Erzählens. Ein zentraler Aspekt in den Tagebüchern, ist der lokale Bezugsraum: für die bäuerlichen Tagebuchautoren fanden die grossen Umwälzungen von Kollektivierung, Entkulakisierung und Hungersnot in erster Linie im Lokalen statt. Opfer wie Täter waren für sie im Dorf zu finden. Staatliche Entscheidungen äusserten sich für sie in lokalen Ereignissen.

Diese Arbeit leistet einen Beitrag zur Erforschung der sowjetischen Geschichte von unten, indem sie die Perspektive jener sichtbar macht, die sonst oft als anonyme Masse erscheinen. Sie erweitert zudem den methodischen Zugang zur Analyse von Selbstzeugnissen und zeigt auf, dass bäuerliche Tagebücher nicht nur Zeugnisse einer verlorenen Welt sind, sondern komplexe Dokumente einer sich wandelnden Lebenswirklichkeit. In ihrer Vielstimmigkeit und Heterogenität eröffnen sie neue Einsichten in die sowjetische Gesellschaft der Zwischenkriegszeit und fordern dazu auf, vertraute Narrative von Opfer, Täter und Zeuge kritisch zu überdenken.



Klima, Körper und Nation

Umwelt- und klimadeterministische Narrative in Nationsbeschreibungen von der Mitte des 18. bis ins frühe 19. Jahrhundert

Masterarbeit bei Prof. Dr. Christian Rohr

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit richtet sich auf die breiteren, (west)europäisch geprägten Diskursstränge zur Verbindung der Vorstellungen von „Natur“, „Klima“, „Nation“ und den damit konnotierten „Nationalcharakteren“ von der Mitte des 18. bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die weltweite Unterschiedlichkeit zwischen Menschen verschiedener Herkunft stiess im 18. Jahrhundert in den gelehrten Gesellschaften Europas auf grosses Interesse und wurde in einer Vielzahl natur- sowie völkergeschichtlicher Werke naturwissenschaftlich zu erklären versucht – unter anderem geprägt von Charles Louis de Secondat Montesquieu. Gleichzeitig wurden im Kontext des Aufschwungs vieler Nationalismen nationale und „rassische“ Unterschiede zunehmend auch mit Theorien des Klimaeinflusses begründet und naturalisiert, also als „natürlich“ bedingt verstanden.

Diese in der Forschungsliteratur noch wenig untersuchte Naturalisierung der «Nation» anhand geografisch-klimatischer Gegebenheiten (Geo- und Klimadeterminismus) sowie physiologisch-biologischer Bedingungen (Biodeterminismus) steht im Mittelpunkt der Fragestellung. Zur Beantwortung dieser wird anhand eines breit gefächerten Quellenkorpus aus Publikationen aus dem deutschen, französischen und englischen Sprachraum untersucht, inwiefern bei Fremd- und Eigenbeschreibungen von Einheimischen bestimmter Klimaregionen (oft als „nationale“ Kollektive gedacht) umwelt- oder klimadeterministische Denkweisen auftraten. Der systematische Einbezug verschiedener Quellengattungen (vor allem klimabezogener Zivilisierungstheorien, geografischer Landesbeschreibungen, Enzyklopädie-Artikel, persönlicher Reiseberichte und wissenschaftlicher Rezensionen Albrecht von Hallers) mit einem hermeneutischen, diskursgeleiteten Ansatz zeigt zunächst die Praxis der gegenseitigen Referenzen im europäischen Gelehrtennetzwerk der Aufklärungszeit auf. Zugleich gibt dies auch Aufschluss über die Rezeption neo-hippokratischer, klimatheoretischer Vorstellungen mit Blick auf nationale

Differenzen in einer breiteren Öffentlichkeit.

Das Arbeitsthema fügt sich damit in eine Kultur-, Ideen- und Wissensgeschichte des Klimas ein, die zu jener Zeit fast ausschliesslich von gebildeten, europäischen Männern geschrieben wurde. Die Arbeit stützt sich konzeptuell auf eine umfassende Forschungsliteratur der konstruktivistischen Nationalismusforschung einerseits sowie auf die Historiografie zu den frühneuzeitlichen Klimatheorien und die Tradition des Umweltdeterminismus andererseits. Damit trägt sie dazu bei, eine Lücke zwischen den beiden Forschungssträngen zu schliessen, die Oliver Zimmer und Eric Kaufmann 1998 mit ihrem Konzept der Naturalisierung der Nation zu verknüpfen begannen.

Der Aufbau der Quellenanalyse folgt der zeitgenössischen, verbreiteten Klassifizierung von „Nationen“ nach klimatischen Regionen auf der Nord-Süd-Achse. Demnach werden vier klimatisch-regionale Quellencluster gebildet: mediterrane, warm-trockene Gebiete (im Fallbeispiel Süditalien); nördliche und kalt-bergige Gebiete (mit Fokus auf den Alpenraum und Skandinavien); gemässigte Klimata (vor allem das idealisierte Kontinentaleuropa) sowie heiss-tropische und subtropische Gebiete (am Beispiel der karibischen Kolonie Saint-Domingue). Aus jedem dieser Cluster werden exemplarisch qualitative Fallbeispiele herausgegriffen und mit ihrem jeweiligen diskursiven Hintergrund zeitgenössischer Theorien in Beziehung gesetzt. Damit wird konzeptuell ein europäischer, nicht-kolonialer Kontext einem kolonialen Kontext gegenübergestellt. Dies reflektiert den Befund, dass sich Europäer:innen im Untersuchungszeitraum nach rassischer Idee als eigene „Rasse“ mit nationalen Unterschieden untereinander sahen, wohingegen koloniale Subjekte (als „die Anderen“) tendenziell als separate „Rasse“ kategorisiert wurden.

Wie die Masterarbeit verdeutlicht, schuf diese Klassifizierung von „Nationalcharakteren“ nach Klimazonen eine teils lineare, moralisierende Hierarchisierung der Menschheit entlang der Nord-

Süd-Achse und diente so auch der Naturalisierung eurozentristischer Überlegenheitsgefühle. Vorstellungen von klimatischen Einflüssen auf den Körper als Determinanten der moralischen Eigenschaften und Fähigkeiten von „Nationen“ oder „Rassen“ waren eng miteinander verbunden und unterlagen im Übergang zum 19. Jahrhundert einem diskursiven Wandel, wie der Vergleich mit jüngeren Quellen zeigt: So verschob sich der

Diskurs von primär klimadeterministischen Erklärungen für menschliche Differenz zunehmend hin zu biologisch körperfixierten und ethnisierenden Formen der Naturalisierung, die kollektive Eigenschaften als erblich und unveränderbar festlegten. Diese essentialisierenden Denkmuster wirken in Formen eines ethnischen Nationalismus bis heute fort.



Medea Vögeli

Provenienzforschung von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgüter in der Schweiz

Begrifflichkeiten, Akteure, Situation in Schweizer Kunstinstitutionen und die Rolle der Geschichtswissenschaft in diesem Forschungsfeld

Masterarbeit bei Ass. Prof. Dr. Stefanie Mahrer

Die Arbeit befasst sich mit der Provenienzforschung im Kontext von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern. Im Fokus steht die Analyse der Provenienzforschungssituation in Schweizer Kunstinstitutionen sowie die Rolle der Geschichtswissenschaft innerhalb dieses Forschungsfeldes. Mit der Provenienzforschung wird die Herkunftsgeschichte eines Objektes rekonstruiert, darüber hinaus kann sie auch zur historischen Aufarbeitung von Unrechtskontexten genutzt werden.

Den Ausgangspunkt der Arbeit bildet eine historische Kontextualisierung der Schweiz während der Zeit des Nationalsozialismus und der späteren Auseinandersetzung mit ihrer Rolle während dieser Zeit. Dabei wurden sowohl die damalige Flüchtlingspolitik als auch die Funktion der Schweiz im internationalen Kunsthandel beleuchtet. Der Kunstmarkt profitierte während der NS-Zeit von günstigen Bedingungen wie fehlenden Import- und Exportbeschränkungen und internationaler Vernetzung, wodurch zahlreiche Kunstwerke, darunter auch solche mit problematischer Herkunft, in das Land gelangten. Erst mit der Einsetzung der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz–Zweiter Weltkrieg (UEK) im

Jahr 1996, die massgeblich infolge internationalen Drucks gegründet wurde, begann eine öffentliche kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Schweiz während der NS-Zeit. In Bezug auf den Umgang mit Kulturgütern mit belasteter Herkunft unterzeichnete die Schweiz verschiedene internationale Abkommen, wie etwa die Washingtoner Prinzipien und die Erklärung von Terezín, deren Umsetzungen jedoch nur zögerlich erfolgten. Dies zeigt sich beispielsweise bei der in der Schweiz etablierten und international nicht gebräuchlichen begrifflichen Unterscheidung zwischen NS-Raubkunst und Fluchtgut, die auf die UEK zurückgeht.

Für die in dieser Arbeit durchgeführte Analyse der Provenienzforschung in Schweizer Kunstinstitutionen wurde eine qualitative Befragung mittels selbst entwickelter Fragebögen vorgenommen. Befragt wurden sowohl Personen innerhalb einer Kunstinstitution als auch solche ausserhalb, die aufgrund ihrer themenspezifischen Forschung oder ihrer direkten Einbindung in die Provenienzforschung ausgewählt wurden. Untersucht wurden unter anderem die Situation der Provenienzforschung in Schweizer Kunstinstitutionen zur Zeit der Befragung, die Rahmenbedingungen, in denen die Forschung stattfand, die beruflichen

Hintergründe der Forschenden sowie Bedürfnisse und Wünsche in diesem Forschungsbereich. Die Ergebnisse zeigen, dass die Provenienzforschung in der Schweiz meist im Rahmen zeitlich begrenzter Projekte stattfindet und dabei häufig mit externen Mitteln, insbesondere vom Bundesamt für Kultur (BAK), finanziert werden. Nur wenige Institutionen verfügen über eine eigene Abteilung. Als zentrale Bedürfnisse wurden insbesondere die nachhaltige finanzielle Unterstützung, klare Richtlinien und eine stärkere Vernetzung genannt. Die Erhebung durch die Fragebögen ermöglichte eine differenzierte Momentaufnahme der Provenienzforschung in der Schweiz zum Zeitpunkt der Befragung.

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt der Arbeit lag auf der Rolle der Geschichtswissenschaft innerhalb der Provenienzforschung. Zunächst wurden die grundsätzlichen Aufgaben der Disziplin sowie die Funktionen von Historiker:innen in der Aufarbeitung der NS-Zeit, etwa als Sachverständige in Gerichtsprozessen oder als Mitglied in Historikerkommissionen, beleuchtet. Zudem wurde im Rahmen der Befragung untersucht, welche Rolle Historiker:innen zum damaligen Zeitpunkt innerhalb der Provenienzforschung einnahmen und welche Aufgaben ihnen dabei zugeschrieben

wurden. Besonders hervorgehoben wurden ihre Kompetenzen in der Quellenarbeit, darunter die Quellensuche, -kritik und -analyse sowie ihre Fähigkeit, diese im Rahmen des Kontextualisierens in grössere historische Zusammenhänge einzuordnen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass Provenienzforschung grundsätzlich von einem interdisziplinären Ansatz profitieren könnte. Die Befragung zeigte jedoch, dass in den befragten Institutionen die Provenienzforschung überwiegend von Forschenden mit einem kunsthistorischen Hintergrund durchgeführt werden, oftmals ergänzt durch einen weiteren geisteswissenschaftlichen Abschluss. Trotz des Mehrwerts, den Historiker:innen in dieses Forschungsfeld einbringen könnten, blieb ihr Beitrag zur Zeit der Befragung begrenzt.

Abschliessend lässt sich festhalten, dass die Arbeit einen Überblick über zentrale Entwicklungen, relevante Akteur:innen, die institutionellen Rahmenbedingungen und aktuelle Herausforderungen der Provenienzforschung in der Schweiz mit Fokus auf NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgüter bietet. Darüber hinaus wird aus wissenschaftshistorischer Perspektive aufgezeigt, welche Rolle die Geschichtswissenschaft in der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit, insbesondere im Bereich der Provenienzforschung, einnimmt.



Gunilla Wallertz

Erinnerungen an ein jüdisches Sarajevo im Wandel

Eine räumliche Analyse jüdischer Lebenswelten der Zwischenkriegszeit bis 1941 in einer multireligiösen Stadt

Masterarbeit bei Prof. Dr. Julia Richers

Während der Zeit des Königreichs Jugoslawien (1918–1941) lebten in Sarajevo rund 8'000 Jüdinnen und Juden, sie machten rund 10 Prozent der Stadtbevölkerung aus. Der Grossteil gehörte der sephardischen Gemeinde an, die seit dem 16. Jahrhundert in Sarajevo existierte und die Stadt kulturell und ökonomisch stark mitgeprägt hatte. In der Zwischenkriegszeit veränderte sich das Leben der

jüdischen Bevölkerung durch Prozesse der Liberalisierung, Säkularisierung und einer verstärkten Integration in das breitere Stadtleben. Diese Entwicklungen wurden im Jahr 1941 jedoch jäh unterbrochen, als die jüdische Bevölkerung Sarajevos unter dem faschistischen Ustaša-Regime des Unabhängigen Staats Kroatien Opfer des Holocausts wurde. Die Masterarbeit beschäftigt sich mit jüdi-

schen Lebenswelten und deren Wandel in Sarajevo in der Zwischenkriegszeit bis und mit 1941. Als Quellengrundlage dienen Erinnerungen von Überlebenden in Form von Oral History-Interviews, die Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Rahmen von Holocaust-Forschungsprojekten aufgenommen wurden. Die Erinnerungen nicht als Spiegelung des Geschehenen, sondern als eine subjektive Deutung der eigenen Wirklichkeit verstehend, untersucht die Masterarbeit drei individuelle Lebenswelten, die zugleich wichtige Einblicke in Prozesse und Strukturen des multireligiösen Alltags in der Stadt Sarajevo bieten. Im Zentrum der Analyse stehen Jakob Kajon, Šarika Stern und Cilika Altarac, welche die Zwischenkriegszeit und den Kriegsbeginn 1941 in Sarajevo erlebten und vor der Verfolgung aus der Stadt flohen. Anhand ihrer Erinnerungen analysiert die Arbeit sephardische Selbstverständnisse und Räume jüdischen Lebens (Familie, Nachbarschaft, Vereinsleben, Stadtöffentlichkeit), ebenso wie das Mit- und Nebeneinanderleben in der multireligiösen Stadt. Die Analyse zeigt die Diversität an Selbstverständnissen einer im Königreich Jugoslawien aufgewachsenen jüdischen Generation auf, die durch die jugoslawische nationale Idee, durch eine lokale sephardische sowie eine nationale jüdische Identifizierung geprägt sind. Die Lebenswelten von Juden und Jüdinnen in Sarajevo in der Zwischenkriegszeit waren durch eine Differenzierung angesichts von Prozessen der Säkularisierung, Moder-

nisierung, Nationsbildung und Klassenbewegung geprägt. Die alten Normen und die nach religiösen Kategorien orientierte gesellschaftliche Ordnung weichte sich zunehmend auf, was zu Konflikten zwischen den Generationen führte. Auch innerjüdische Klassendifferenzen prägten das soziale Leben sowie die Selbst- und Fremdwahrnehmung der Interviewten in bedeutendem Masse. Zugleich öffneten sich im Zuge eines Integrationsprozesses in die breitere nichtjüdische Gesellschaft neue Räume für die Sephardim Sarajevos. Abseits von religiöser Zugehörigkeit ordnete sich der Alltag in der Stadt nach Kategorien wie Klassenzugehörigkeit (Arbeiterklasse, Bürgertum), politischer Ausrichtung (Sozialismus), Berufsgruppen, die Nachbarschaft und das Geschlecht. Doch diese Öffnung der jüdischen Lebenswelt entwickelte sich nicht in allen Sphären jüdischen Lebens gleich: War der Kontakt zu nichtjüdischen Personen in der Nachbarschaft und der Stadtöffentlichkeit vertraut und alltäglich, blieb der private Raum weitestgehend jüdisch. Diese Ambivalenz zeigt sich auch in den Interaktionen mit muslimischen und christlichen Mitmenschen: Während der zunehmende Kontakt neue Solidaritäten schuf, führte das Vordringen jüdischer Personen in traditionell nichtjüdische Räume auch zu Reibungen und Anfeindungen, die in der angespannten Vorkriegszeit zunahmen und nach Kriegsausbruch in gesellschaftlichem Anschluss mündeten.



Alexandra Felizitas Welp

Eine gesittete Rebellion?

Die 1968er-Bewegung in der Deutschschweiz im Spannungsfeld von Bürgerlichkeit und Gegenkultur. Eine Analyse von Sprache und Subjektivität

Masterarbeit bei Prof. Dr. Joachim Eibach

Die transnationale Bewegung um 1968 gilt bis heute als Inbegriff einer lauten, normverletzenden und antibürgerlichen Protestkultur. Diese Masterarbeit hinterfragt dieses etablierte Narrativ aus historisch-soziolinguistischer Perspektive und untersucht die sprachlichen und semiotischen Praktiken der deutschschweizerischen 1968er-Bewegung im Spannungsfeld von Bürgerlichkeit

und Gegenkultur. Im Zentrum steht die Frage, wie sich bürgerlich-hegemoniale und gegenkulturelle Sprachkulturen in öffentlichen, bilateralen und internen Kommunikationsformen von Berner und Zürcher 1968er-Gruppierungen von 1965 bis 1975 manifestierten und welche Rückschlüsse sich daraus auf Subjektkulturen im Sinne von Andreas Reckwitz ziehen lassen. Theoretisch stützt sich die

Arbeit auf die kultursoziologischen Subjekttheorie von Andreas Reckwitz, die es erlaubt, sprachliche Praktiken als Ausdruck kulturell situierter Subjektivierungsweisen zu verstehen. Methodisch basiert die Untersuchung auf der qualitativen Analyse eines heterogenen Quellenkorpus, bestehend aus Flugblättern, Wandzeitungen, Korrespondenzen mit Institutionen sowie internen Organisationsdokumenten verschiedener Berner und Zürcher 1968er-Gruppierungen. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei die Berner Studierendengruppe *forum politicum* und die Zürcher Szenegruppe *Platte 27*. Ein eigens entwickeltes linguistisch-semiotisches Analyseraster ermöglicht die systematische Beschreibung von Textsorten, Registern, Normbezügen, Kommunikationshaltungen sowie visuellen und materiellen Gestaltungselementen. Die Analyse zeigt, dass die deutschschweizerische 1968er-Bewegung weder durchgängig gegenkul-

turell noch rein bürgerlich war. Vielmehr reproduzierte sie in bestimmten Kommunikationskontexten bürgerliche Schriftlichkeit, organisierte Rationalität und Höflichkeitsnormen, während sie diese in anderen Kontexten subversiv unterwanderte oder ironisierte. Die Arbeit kommt zum Schluss, dass die deutschschweizerische 1968er-Bewegung als hochgradig hybrid zu verstehen ist. Ihre Sprach- und Zeichenpraxis oszillierte zwischen Anpassung, Subversion und strategischer Übernahme hegemonialer Codes. Gerade in dieser Hybridität wird sichtbar, dass kultureller Wandel nicht primär durch radikale Brüche, sondern durch Umcodierungen bestehender kultureller Formen vollzogen wird. Die Arbeit plädiert daher dafür, Protestbewegungen nicht nur über ihre lauten, provokativen Ausdrucksweisen zu analysieren, sondern ebenso über ihre normangepassten, administrativen und organisatorischen Kommunikationspraktiken.



u^b

^b
**UNIVERSITÄT
BERN**

ISSN 1660-1904

B
e
r
n
u
n
i
v
e
r
s
i
t
ä
t